





*MA*

# Stadt Sankt Augustin

## Archiv

*wappen*  
*Gemeindeordnung*

*v. 1934*

Nr.: ~~491~~

Archivalie  
gesperrt bis:

31.12.

2009

*ME*  
*1301*



REGIS-Archivmappe, patentfamlich geschützt.



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 0

*MA*

# Stadt Sankt Augustin

## Archiv

*wappen*  
*Gemeindeordnung*

*v. 1934*

REGIS-Archivmappe, patentfamlich geschützt.

Nr.: ~~491~~

Archivalie  
gesperrt bis:

31.12.

2009

*ME*  
*1301*



# Durchf.-Best. über die Amtsschilder.

AbErl. d. RMdS. zgl. i. N. d. PrFM. v. 2. 2. 1939  
— I b 204/39-4052.

Für den Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung (mit Ausnahme der Polizei, des Reichsarbeitsdienstes, der Gemeinden und Gemeindeverbände) und für die dem PrFM. allein unterstellten Behörden wird zur Durchführung des Erl. über die Amtsschilder v. 2. 2. 1939 (RGBl. I S. 126) folgendes bestimmt:

## Zu § 3:

Welche der zugelassenen Größen des Amtsschildes gewählt wird, bestimmt sich nach der Größe und Gestaltung des Gebäudes und der Fläche, auf der das Amtsschild befestigt werden soll.

## Zu § 4:

- (1) Die Amtsschilder können aus Ton, Leichtmetallguß oder Leichtmetallblech hergestellt werden.
- (2) Amtsschilder aus Ton müssen aus einem frostbeständigen Scherben bestehen und mit einer gut deckenden, möglichst haarisfreien Glasur versehen sein. Die Verwendung von Lack für die rote Farbe ist zulässig. Bei einer Befestigung der Schilder mit Schrauben ist für ein hinreichendes Spiel der Schrauben zu sorgen, damit Spannungen durch Schraubendruck oder Wärmedehnungen vermieden werden.

- (3) Amtsschilder aus Leichtmetall müssen gegenüber Holz oder Schwermetall isoliert werden. Sie dürfen zur Vermeidung von Elektrolyse nur mit Al-Mg-Schrauben oder verzinkten oder verchromten Schrauben befestigt werden. Als hinreichende Isolierung kann die Lackgrundierung angesehen werden.

## Zu § 6:

Das Amtsschild dient zur äußeren Kennzeichnung des Gebäudes als Sitz einer staatlichen Dienststelle. Ein Amtsschild soll daher an staatseigenen und nicht staatseigenen Gebäuden angebracht werden, in denen sich staatliche Dienststellen befinden. An Gebäuden, die bereits durch ihre Gestaltung oder in sonstiger Weise als Dienstgebäude gekennzeichnet sind, braucht jedoch kein Amtsschild angebracht zu werden.

## Zu § 7:

- (1) Ob die Beschaffung der Amtsschilder gemeinsam oder einzeln bewirkt werden soll, bestimmen die Landesregierungen, für das Saarland und die sudetendeutschen Gebiete die Reichskommissare, für die ehemals österreichischen Länder die Landeshauptmänner.

- (2) Die zum Geschäftsbereich des RMdS. gehörenden Reichsbehörden beschaffen die Amtsschilder selbst.

Besondere Bestimmungen für Preußen:

- (1) Für Preußen erfolgt die Beschaffung der Amtsschilder durch Sammelbestellung.
- (2) Die Leiter der Staatshochbauämter bestimmen für jede in ihrem Amtsbereich befindliche staatliche Dienststelle, welche der drei zugelassenen Amtsschildergrößen sie anzuwenden hat und ob das

Amtsschild in Ton, Leichtmetallguß oder Leichtmetallblech anzufertigen ist. Sie legen bis zum 10. 3. 1939 den Reg.-Präs. zur Prüfung und Weiterleitung an den Ober-Präs. Bedarfsnachweisungen für die staatlichen Dienststellen ihres Amtsbereichs vor. Die Nachweisung muß folgende Angaben enthalten:

- a) Bezeichnung der Dienststelle, für die das Amtsschild bestimmt ist,
- b) Art der Schilder (Amtsschild mit Beschriftung, Amtsschild ohne Beschriftung, Anhängeschild),
- c) Beschriftung,
- d) Größe (I, II oder III),
- e) Stoff (Ton, Leichtmetallguß oder Leichtmetallblech).

Die Ober-Präs. vergeben den Sammlauftrag für ihren Amtsbereich.

- (3) Das Anbringen der Amtsschilder an den Gebäuden ist von den Staatshochbauämtern zu veranlassen und zu überwachen.

- (4) Die Ausgaben für die Beschaffung und Anbringung der Amtsschilder sind aus den bei den Geschäftsbedarfsfonds (bei den Grundstücken der allgemeinen Finanzverwaltung bei Kap. 39 Tit. 6) zur Verfügung stehenden Mitteln zu bestreiten.

An die nachgeordneten Behörden.

Nachrichtlich an die Obersten Reichsbehörden, den Reichs-Präsidenten, den Reichs-Finanzminister, den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Dt. Reich durch Abdruck. — RMdS. S. 221.

Rathaus - Burg-Malldorf

11. FEB. 1939

Z. & A.

Burg-Malldorf, den 14. / 2. 1939

Der Bürgermeister.



# Amtschilder<sup>1)</sup>.

RdErl. d. RMdS. zgl. i. R. d. PrFM. v. 22. 9. 1939  
— I b 1599 II/39-4052.

(1) Nachdem durch den Erl. zur Änderung des Erl. über die Amtsschilder v. 22. 9. 1939 (RGBl. I S. 1865) die Frist für die Weiterführung der alten Amtsschilder um ein Jahr verlängert worden ist, wird für den Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung und für die dem PrFM. allein unterstellten Behörden folgendes bestimmt:

(2) Soweit an den Gebäuden noch die alten Amtsschilder vorhanden sind, ist die Beschaffung der durch den Erl. über die Amtsschilder v. 2. 2. 1939 (RGBl. I S. 126) vorgeschriebenen Amtsschilder bis auf weiteres zurückzustellen.

(3) Bereits erteilte Aufträge zur Lieferung von Amtsschildern sollen, wenn die Lieferung noch aussteht, nach Möglichkeit zurückgenommen werden. Ist eine Zurückziehung des Auftrags nicht möglich, so soll den Firmen anheimgestellt werden, die Herstellung der Amtsschilder auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

(4) Dieser RdErl. gilt auch für die Amtsschilder der Pol.<sup>2)</sup> und des Reichsarbeitsdienstes<sup>3)</sup>.

Zusatz für die Obersten Reichsbehörden: Ich bitte um entsprechende Anordnung für Ihren Geschäftsbereich.

An die nachgeordneten Behörden.  
An die Obersten Reichsbehörden, den Preuß. Ministerpräsidenten, den Preuß. Finanzminister, den Reichskommissar für

die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich durch Abdruck. — RMdS. S. 1987.

<sup>1)</sup> Vgl. RMdS. 1939 S. 221, 863.

<sup>2)</sup> Vgl. RMdS. 1939 S. 1871.

<sup>3)</sup> Vgl. RGBl. 1939 I S. 1225; RMdS. 1939 S. 1957.

Der Amtsbürgermeister

Siegburg-Mülldorf, den 6. Oktober 1939

Abt. I 002/01

Nach Kenntnisnahme zu den Akten ( 002/01 ).



## Benennung von Gemeindeteilen.

NbErl. d. RMbZ. v. 20. 1. 1939  
— Va 5155/38-1002.

(1) Bei Änderung von Gemeindegrenzen, insbesondere bei Eingliederung und Zusammenschluß von Gemeinden, ist von den zuständigen Behörden jeweils zu prüfen, ob der Name von bisher selbst-

ständigen Gemeinden als Ortsteilsname weitergeführt werden soll.

(2) Wie mir der Präs. des Reichsamts für Landesaufnahme mitteilt, wird bei dieser Prüfung in den verschiedenen Landesteilen nicht nach einheitlichen Grundsätzen verfahren. Die Folge davon ist, daß namentlich in weit besiedelten Gegenden infolge des Zusammenschlusses oder der Eingliederung von Gemeinden usw. die amtlichen Karten von Namen entblößt werden. Ferner führt die verschiedene Handhabung zu einer nicht einheitlichen Beschriftung der Kartenwerke. Dieser Zustand ist insbesondere mit Rücksicht auf die Belange der Wehrmacht, der Reichspost, der Reichsbahn sowie der Statistik unerwünscht.

(3) Ich ersuche daher, in Zukunft dafür zu sorgen, daß räumlich von der Hauptortschaft getrennt liegende Gemeindeteile, die anlässlich von Grenzänderungen entstanden sind und deren Größe und Einwohnerzahl die Weiterführung eines besonderen Ortsteilsnamens gerechtfertigt erscheinen lassen, ihre bisherigen Namen als Ortsteilsnamen beibehalten. Entsprechende Anträge sind im Zusammenhang mit dem Ausspruch der Gemeindegrenzänderung an die nach § 10 UGB. zuständigen Behörden zu richten.

(4) Soweit in den letzten Jahren bei Gemeindegrenzänderungen frühere Namen von Gemeindeteilen, die räumlich von der Hauptortschaft getrennt liegen, weggefallen sind, empfiehlt es sich, bei Vorliegen der in Abs. (3) genannten Voraussetzungen die Weiterführung dieser Namen nachträglich zuzulassen.

An die Reichsstatthalter (in Preußen: die Ober-Präs.), den Reichskommissar für das Saarland, den Reichskommissar für die sudetenb. Gebiete, die Gemeindeaufsichtsbehörden und Gemeinden.

An den Reichskommissar für die Wiederbereinigung des Reichs mit dem Deutschen Reich durch Abdruck.  
— RMbZ. S. 101.

## Preußen.

## Beschluß

des Preussischen Staatsministeriums über die Änderung der Grenzen der Landkreise Rheingaukreis und Untertaunuskreis sowie des Stadtkreises Wiesbaden.

(1) Das Preussische Staatsministerium hat auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Änderung der Grenzen von Landkreisen v. 6. 9. 1935 (GS. S. 115) folgenden Beschluß gefaßt:

(2) Mit Wirkung vom 1. 4. 1939 werden in den Landkreis Untertaunuskreis, Gemeinde Schlangenbad, eingegliedert

1. aus dem Rheingaukreis

a) die zu der Gemeinde Martinsthal gehörenden Flurstücke Gemarkung Rauenthal, Flur 46 Nr. 23/1, 25/1, 27/1, 28/1, 34/1, 38/1, 39/1, 40/1, 42/1, 43/1, 20/2, 30/0.2, 31/0.2, 32/0.2, 3, 4, 5, 6, 14 und 15,

b) die zu der Gemeinde Niederwalluf gehörenden Flurstücke Gemarkung Rauenthal Flur 46 Nr. 7, 8, 36/9, 46/9, 48/9, 49/9, 9a, 37/10, 11 und 12,

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 3

c) die zu der Gemeinde Oberwalluf gehörenden Flurstücke Gemarkung Rauenthal, Flur 47 Nr. 2/1 und 3/1,

d) die zu der Gemeinde Rauenthal gehörenden Flurstücke Gemarkung Rauenthal, Flur 42 Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 23, 24, 25, 26, 27, 56/28, 58/29, 60/30, 62/31, 64/39, 52/0.28 und 51/0.2 sowie Flur 43 und 44,

2. die zu dem Stadtkreis Wiesbaden gehörenden Flurstücke Gemarkung Georgenborn, Flur 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8.

(3) Am gleichen Tage tritt in dem eingegliederten Gebiet zu 1. das Kreisrecht einschließlich des Abgabenrechts des Rheingaukreises und in dem eingegliederten Gebiet zu 2. das Ortsrecht einschließlich des Abgabenrechts des Stadtkreises Wiesbaden außer Kraft. Gleichzeitig tritt in dem ganzen eingegliederten Gebiet das Kreisrecht einschließlich des Abgabenrechts des Untertaunuskreises in Kraft.

Berlin, den 29. 12. 1938.

Das Preussische Staatsministerium.

Der Ministerpräsident. Der Minister des Innern.

In Vertretung:

In Vertretung:

Körner.

Pfundtner.

— PrStM. I 12623.

— RuPrMbz. Vb 17. 49 II/38-2900.

## Preußen.

## Beschluß

des Preussischen Staatsministeriums über die Änderung der Grenzen des Landkreises Greifswald und des Stadtkreises Greifswald.

(1) Das Preussische Staatsministerium hat auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Änderung der Grenzen von Landkreisen v. 6. 9. 1935 (GS. S. 115) folgenden Beschluß gefaßt:

(2) Mit Wirkung vom 1. 4. 1939 werden die Gemeinden Wied und Eldena aus dem Landkreis Greifswald in den Stadtkreis Greifswald eingegliedert.

(3) Zu dem gleichen Zeitpunkt tritt in dem vorstehend bezeichneten Gebiet das Kreisrecht einschließlich des Abgabenrechts des Landkreises Greifswald außer Kraft und das Ortsrecht einschließlich des Abgabenrechts des Stadtkreises Greifswald in Kraft.

Berlin, den 9. 1. 1939.

Das Preussische Staatsministerium.

Der Ministerpräsident. Der Minister des Innern.

In Vertretung:

In Vertretung:

Körner.

Pfundtner.

— PrStM. I 100. 89.

— RuPrMbz. Vb 5. 16. II/38-2900. — RMbZ. 1939 S. 104.

Rathaus Siegburg-Mollsdorf

Eing.: 2. FEB. 1939



**Z & A.**  
Siegburg-Mülldorf, den 3. 2. 1939  
Der Bürgermeister.

**Grenzänderungen**  
aus Anlaß der Arbeiten am Liegenschaftskataster  
RdErl. d. RMdS. v. 12. 4. 1940 — Va 5082/40-1004  
Nach dem RdErl. v. 30. 8. 1939 (RMBl. S. 1811)  
sind u. a. auch die Arbeiten für die Änderung der Grenzen  
von Gemeinden und Gemeindeverbänden einzustellen (vgl.  
auch den RdErl. v. 19. 2. 1940, RMBl. S. 331, der  
hiermit auch auf die außerpreuß. Länder, die Ostmark  
und den Sudetengau ausgedehnt wird). Diese Regelung  
gilt nicht für Grenzbegradigungen und Grenzberich-  
tungen, die aus Anlaß der Arbeiten am Liegenschaftskataster  
erforderlich werden. Derartige Grenzänderungen können  
nach wie vor durchgeführt werden, soweit die Arbeitslage  
der zuständigen Behörden dies gestattet.  
An die Gemeindeaufsichtsbehörden, Gemeinden und  
Gemeindeverbände. — RMBl. S. 726.

Der Amtsbürgermeister  
Abt. I 003-01

Siegburg-Mülldorf, den 6.5.40

Nach Kenntnisnahme zu den Akten.



Personalien des Fahrzeughalters: Beruf? .....

Name .....

geb. .... zu .....

Kreis .... wohnhaft .....

..... strasse Nr. ....

Personalien des Fahrzeugführers: Beruf: .....

Name .....

geb. .... zu .....

Kreis .... wohnhaft .....

Kreis .... Nr. ....

Am ..... 19 ..... Uhr..wurde auf

der ..... strasse festgestellt,dass

der .....

.....

.....

.....

Besondere Anzeige ist - nicht - vorgelegt,

....., den .....

Der Bürgermeister  
als Ortspolizeibehörde. Siegburg-Mülldorf,den .....

Urschr.

dem Polizeipräsidium - der Polizeiverwaltung

==+==+==+==+==+==+==+==+==

zur gefl.Kenntnissnahme mit dem Ersuchen um Ueberwachung  
der Abstellung der Mängel ergebenst übersandt.

**Änderung der Grenzen  
von Gemeinden und Gemeindeverbänden**  
RdErl. d. RMdS. v. 19. 2. 1940 — Vb 2. 12/40-2900  
In letzter Zeit sind mir wiederholt Anträge auf  
ausnahmsweise Zulassung von Grenzänderungen vorgelegt  
worden. Ich weise darauf hin, daß ich Ausnahmen von der  
im RdErl. v. 30. 8. 1939 (RMBl. S. 1811) getroffenen  
Regelung, wonach bis auf weiteres die Arbeiten hinsichtlich  
der Änderung der Grenzen von Gemeinden und Gemeinde-  
verbänden völlig einzustellen sind, nur dann zulassen kann,  
wenn kriegswichtige oder sonstige zwingende Gründe die  
sofortige Durchführung einer Grenzänderung unerlässlich  
machen. Meine Genehmigung ist auch dann einzuholen,  
wenn nachgeordnete Dienststellen (Ober-Präf. und Aufsichts-  
behörden) für die Entscheidung über Grenzänderungen zu-  
ständig sind (§ 15 DGD., § 36 der Ersten BD. zur  
Durchf. der DGD. v. 22. 3. 1935, RMBl. I S. 393,  
Abschn. 1 Abs. 2 des RdErl. v. 30. 10. 1935, RMBl.  
S. 1321, und RdErl. v. 23. 3. 1939, RMBl. S. 653).  
Zusatz für den Reg.-Präf. in Frankfurt a. d. O.:  
Auf den Bericht v. 30. 1. 1940 — I K 1304 A.  
An die Ober- und Reg.-Präf. — RMBl. S. 331.

r Amtsbürgermeister  
Abt. I 003-01

Siegburg-Mülldorf, den 7. 3. 1940

Nach Kenntnissnahme zu den Akten.



Der Amtsbürgermeister

Abt. I.

~~Siegburg-Mülldorf, den 19. ....~~

1.D.....

hat von der Gemeinde.....

ein Wohnungsbaudarlehn erhalten.

Die vom dem Schuldner auf die fälligen Zinsen-  
und Tilgungsraten bis zum.....  
geleisteten Zahlungen mit.....RM.  
sind abgerechnet.

Das Darlehn beträgt nach dem Stande vom.....

.....RM.  
Nicht berücksichtigt sind folgende im Rechnungs-  
jahre 19..... von dem Schuldner geleistete Zah-  
lungen und zwar:

.....  
.....  
.....  
.....

Diese Zahlungen sind bei der Abrechnung am 31.  
Dezember 19..... zu berücksichtigen.

///

2.Pendelanweisung für 19...abschließen und für  
19.. neue Pendelanweisung anlegen.

///

3.An Hand der Darlehnsakten ist zu prüfen, ob der  
Schuldner seine Verpflichtungen einhält.

///

4.Nach einem Monat.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 6

Sieglar, den 30. März 1937.

Der Bürgermeister  
I.J.Nr.

Betrifft:

Antrag der Gemeinde Troisdorf  
auf Eingemeindung mehrerer Orte  
aus der Gemeinde Sieglar.

-----  
Verfügung vom 5.1.1937, K.IV.  
Nr. 12 253.  
-----

Der nebenbezeichnete Antrag der Gemein-  
de Troisdorf greift rücksichtslos an den  
Lebensnerv der Gemeinde Sieglar. Bei sei-  
ner Genehmigung würde die wirtschaftlich  
und finanziell wieder gesunde Gemeinde  
Sieglar, die heute ihre Verpflichtungen  
restlos erfüllen kann und einen durchaus  
geordneten Haushalt hat, lebensunfähig.  
Ihre Gesamtaufteilung wäre die unausblei-  
bliche Folge ohne das die Möglichkeit ei-  
ner Verwaltungsmässig organischen Ein-  
gliederung der einzelnen Ortschaften der  
Gemeinde Sieglar in eine oder mehrere an-  
dere Gemeinden besteht, oder geschaffen  
werden könnte. Auch kann, wie sich aus  
Nachstehendem ergibt, durch eine solche  
Handlung eine Verbilligung der Verwaltung  
nicht eintreten. Die Gemeinde Troisdorf  
will also, obwohl sie selber wirtschaft-  
lich und finanziell gesund ist, sich le-  
diglich weitere gute Einnahmequellen ver-  
schaffen, obgleich sie genau weiss, daß  
dabei eine ebenfalls gesunde Gemeinde  
gänzlich zugrunde geht, weil ihre aus-  
schlaggebenden Einnahmen dadurch in Fort-  
fall kommen. Letzten Endes hat aber doch  
die Gemeinde Troisdorf nicht allein ein  
Lebensrecht. Sie ist doch auch nicht  
Selbstzweck, sondern hat wie alle Gemein-  
den die Aufgabe der Allgemeinheit zu die-

An

den Herrn L a n d r a t  
in

S i e g b u r g .

=====



zu dienen,, die aber bei Durchführung ihres Antrages nur Schaden nehmen würde. Auf den Vorschlag des Herrn Regierungs-Präsidenten auf Grenzregulierung gehe ich nachstehend noch näher ein. Unverständlich ist es nur, daß Troisdorf diese allein durch die Eingemeindung ganzer und ausschlaggebender Orte zu ermöglichen sucht, es sei denn daß man egoistische Gründe, wie vorstehend dargelegt, zugibt. Auch das angebliche Fehlen von Bauland und die behauptete notwendige Ausdehnung Troisdorfs werde ich noch näher beleuchten.

Seit mehr als 30 Jahren hat die Gemeinde Troisdorf das Bestreben, eben Teil der Gemeinde Sieglar, und zwar früher nur den Ort Oberlar und, nachdem sich die Entwicklung der Industrie auch über den Ort Spich erstreckte, diese beiden Orte einzugemeinden. Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung sind die Orte Spich, Oberlar, Sieglar und anschliessend Eschmar zu einer baulichen Einheit geworden. Die Ursache davon ist, daß die neuerdings aufgetretenen Eingemeindungsbestrebungen auch auf den Ort Sieglar ausdehnen.

Bereits im Jahre 1906 hat die Gemeinde Sieglar den Vorschlag gemacht, die beiden Bürgermeistereien zu einer einzigen Gemeinde zu vereinigen. Anstatt großzügige und weitschauende Gemeindepolitik zu treiben, lehnte Troisdorf diesen Vorschlag ab. Im Jahr 1925 hat die Gemeinde Sieglar nochmals den gleichen Vorschlag gemacht. Auch diesmal scheiterte es an dem Widerstand von Troisdorf, das eben nur den Gemeindeteil herausnehmen will, wo sich die Steuerkraft, die Entwicklung und die Zukunft der Gemeinde befindet. Hierbei stellt man stets die angeblich unbedingt notwendige Grenzbegradigung in

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 7

in den Vordergrund. Wenn ich die Gemeindegrenze zwischen Oberlar und Troisdorf nach geographischem Gesichtspunkte bereinigen will, so wäre die einfachste Lösung die <sup>Reichsstraße</sup> ~~Reichsstraße~~ in Troisdorf und in Oberlar <sup>von der Mülheimerstraße</sup> ~~von der Mülheimerstraße~~ bis zur Reichsbahn als Gemeindegrenze zu nehmen. In diesem Falle hätte wohl das industrielle Werk Dynamit A.G. noch mit zwei Gemeinden zu arbeiten, was ich bei der Größe des Werkes auch nicht für umständlich halte. Die Grenzverhältnisse wären bereinigt und klar und dürfte der Vor- oder der Nachteil der Industrie durch eine Zusammenlegung nicht nennenswert sein, da die Realsteuerumlagesätze der beiden Gemeinden Troisdorf und Sieglar nicht wesentlich voneinander abweichen. Auch in der Verwaltung und polizeilichen Überwachung haben sich dadurch, daß das Werk in zwei Gemeinden belegen ist, nie ernstliche Schwierigkeiten ergeben. Die Bevölkerung von Oberlar und auch die übrigen Ortschaften der Gemeinde Sieglar, haben heute an einer Vereinigung mit Troisdorf durchaus kein Interesse mehr. Die Bevölkerung in Troisdorf besteht überwiegend aus kleineren und höheren Angestellten der Industrie und aus Gewerbetreibenden mit teils größeren Geschäftshäusern. Dagegen hat die Gemeinde Sieglar neben einigen landwirtschaftlichen Gütern eine Anzahl Kleinbauern und 90% Arbeiterbevölkerung. Außer dem größten Werke Dynamit A.-G. finden wir in Oberlar und Spich noch einige mittlere aber gutgehende industrielle Werke, während sich die meisten Geschäftsleute im Orte Sieglar konzentrieren. Dieses Ineinanderleben von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft bedeutet an sich eine recht glückliche Lösung der Ernährungsfrage. Auch hat



hat die Gemeinde sowie die Bevölkerung von Troisdorf in Folge der jahrelangen Stadtwerdungsbestrebungen bereits städtischen Charakter angenommen, während die Gemeinde Sieglar und ihre Bevölkerung ihren ländlichen Charakter beibehalten haben. Dadurch ist das Interesse auch für eine Zusammenlegung der beiden Gesamtgemeinden, das, wie bereits ausgeführt, zu einer Zeit, da Troisdorf auch noch rein ländlich war, bestanden hat, fast restlos geschwunden. Im Gegenteil. Heute besteht allgemein der durchaus begründete Verdacht, daß im Falle der Eingemeindung einiger in ihrer Struktur zu Troisdorf schlecht passenden Orte aus der Gemeinde Sieglar zwar als gute Einnahmequellen für das dann entstehende Zentraltroisdorf angenehm sind, im übrigen aber als ländliches, anspruchsloses Stiefkind behandelt werden.

Auch nach einheitlichen städtebaulichen Grundsätzen läßt sich Oberlar mit Troisdorf nicht vereinigen, da Oberlar, das keine Kanalisation besitzt, nicht an der Entwässerung Troisdorfs angeschlossen werden kann. Eine Kanalisation Oberlars, ist nur in einem großzügigen Projekt mit den übrigen Ortschaften Sieglars möglich, deren Planung bereits im Gange ist.

Wenn ich nur die Orte Oberlar und Spich mit der Gemeinde Troisdorf vereinige so wird der Steuerausfall für die verbleibende Restgemeinde so groß, daß diese nicht lebensfähig bleiben kann, denn sämtliche industriellen Werke, würden damit für die Restgemeinde Sieglar fortfallen. Der Gewerbesteuerenausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden nach § 12 - 21 des Einführungsgesetzes zu der Realsteuergesetzen wird diesen Steuerausfall nicht annähernd beheben.

Nach dem Haushaltsplan für 1937 beträgt das Realsteuersoll der Gemeinde Sieglar:

- a) Gewerbeertrag- und Kapitalsteuer 114 000.--RM.
- b) Gewerbelohnsummensteuer 90 000.--RM.
- c) Grundvermögenssteuer 83 000.--RM.  
Sa. 287 000.--RM.

Von diesem Realsteuersoll entfallen auf die Orte Spich und Oberlar:

- a) Bei der Gewerbeertrag- und Kapitalsteuer 107 500.--RM.
- b) Bei der Lohnsummensteuer 89 490.--RM.
- c) Bei der Grundvermögenssteuer 53 380.--RM.  
Sa. 250 370.--RM.

Der Restgemeinde würde also ein Realsteuersoll von nur 36 630.--RM. verbleiben. Der von der heutigen Gemeinde Sieglar an die Wohnsitzgemeinden zu zahlende Gewerbesteuerenausgleichszuschuss beträgt 35 000.--RM. Das Realsteuersoll der Orte Oberlar und Spich würde nach Abzug des zahlenden Gewerbesteuerenausgleiches 215 370.--RM. betragen. Dagegen hätte die Restgemeinde Sieglar nur Anspruch auf einen Gewerbesteuerenausgleich für 750 Arbeiter. Dieser Ausgleich wird etwa 15 000.--RM. betragen, sodass das Realsteuersoll einschliesslich Ausgleichszuschuss der verbleibenden Restgemeinde nur 50 000.--RM. betragen würde.

Die Bevölkerungszahl der Gemeinde Sieglar ist heute 12 494. Hiervon entfallen auf die Ortschaften Oberlar und Spich 6 111, für die Restgemeinde 6 383. Hieraus ist ersichtlich, daß die geringe Verwaltungskostenersparnis bei der verbleibenden Restgemeinde den gewaltigen Steuerausfall nicht ausgleichen kann. Die Folge wäre, auf der einen Seite eine



eine aufblühende Industriestadt und daran anschliessend die Restgemeinde Sieglar, der jede Lebensmöglichkeit genommen wäre.

Die Gemeinde Sieglar aufzuteilen und die Ortschaften Bergheim und Müllekoven mit der Gemeinde Niederkassel zu vereinen, würde eine nicht unwesentliche materielle Belastung der Bevölkerung dieser Ortschaften zur Folge haben, da Niederkassel nicht zentral gelegen und die Bevölkerung im persönlichen Verkehr mit den Amtsdienststellen zur Benutzung der Bahn oder sonstiger Fahrzeuge gezwungen ist. Das Gleiche würde für die Bevölkerung der Gemeinden Niederkassel, und besonders Lilsdorf, Ranzel, Uckendorf und Stockem eintreten, wenn man den Sitz des Amtes Niederkassel nach Mondorf verlegen würde. Die Ortschaften Bergheim und Müllekoven sind mit den übrigen Ortschaften der Gemeinde Sieglar, insbesondere mit Sieglar selbst kulturell und wirtschaftlich eng verwachsen. Man würde hier einen kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Bevölkerungskreis auseinanderreißen und Teile davon einem Gebiete anschliessen, mit dem jeder kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhang fehlt. Die Bevölkerung würde hierfür, auch mit Recht, kein Verständnis haben. Hinzu kommt noch, dass das mit Sieglar geographisch gut verbundene bäuerliche Kriegsdorf, das nirgends wohin sonst eine einigermaßen glückliche Verbindung hat und der rein bäuerliche Ort Eschmar, der nach seiner ganzen Struktur für eine Eingemeindung mit einer Stadt nicht in Frage kommen kann, anderer-

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 9

andererseits baulich aber mit Sieglar völlig verwachsen ist, auch noch irgendwohin eingemeindet werden müssten, Frage nur: Wohin? Würde man Eschmar von Sieglar lösen, wären die Grenzen in südwestlicher Richtung schon wieder völlig unklar.

Es ist richtig, dass es Troisdorf an Ausdehnungsmöglichkeit fehlt und sich räumlich nicht entwickeln kann. Die Gemeinde Sieglar hat im Jahre 1935 bereits ein unbebautes Gebiet in Grösse von 98,92 ha. im Austauschwege an die Gemeinde Troisdorf abgetreten, das teils bebaut werden kann. Ausserdem ist damit eine teilweise Grenzregulierung erfolgt und ich bin überzeugt, dass auch die anderen unglücklichen Grenzstücke durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gemeinden Troisdorf und Sieglar in der gleichen friedlichen und freiwilligen Vereinbarung  $\frac{1}{2}$  bereinigt werden können, ohne dass dadurch eine Schmälerung der auch unbedingt lebensberechtigten und notwendig lebenden Gemeinde Sieglar in empfindlicher Form einzutreten braucht. Allerdings ist diese freiwillige Regelung nur dann möglich, wenn Troisdorf seine, vom Wohle der Allgemeinheit ausgesehen unbegründete Grossspürigkeit in seinen Ansprüchen Sieglar gegenüber vollkommen fallen lässt.

Troisdorf kann durch Anlegung von Strassen noch sehr viel Baugelände schaffen, sodass es die 80% der Bevölkerung Altenraths gut aufnehmen kann - die übrigens nicht annähernd in dieser Zahl nach Troisdorf wollen - und dann noch auf Jahre hinaus mit Baugelände versorgt ist. Es spricht in seinem Antrag nun stets von seiner unbedingt notwendigen Ausdehnung. Diese aber soll restlos auf den Untergang anderer Gemeinden durchgeführt werden.



werden. Die Frage, ob eine Notwendigkeit zur weiteren Ausdehnung der Gemeinde Troisdorf gegeben ist, muss bei objektiver Prüfung ganz und gar verneint werden. Troisdorf ist heute eine sehr schön arondiertes Gebiet mit einer auf allen Lebensgebieten eigenartigen, aber gleichklingenden, charakterlich ausgeglichenen und glücklichen Bevölkerung. Es ist an Bevölkerungszahl so stark, dass von dieser Seite her einer Stadtwerdung nichts mehr entgegensteht. Auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht können Hindernisse nicht vorliegen, da Troisdorf in dieser Beziehung ja unbedingt gut steht. Würden nun die Grenzverhältnisse entsprechend meinem Vorschlag klar gestellt, da <sup>nn</sup> könnte, da m.W. auch alle übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, Troisdorf das Stadtrecht verliehen werden. Aus Troisdorf würde in dem Falle eine gesunde Kleinstadt mit einer gleichgesinnten und glücklichen Bevölkerung entstehen und zwar auf einem ideal abgeschlossenen Raum. Würde man diesem Raum aber durch die Eingemeindung einiger Ortschaften aus der Gemeinde Sieglar einige Schwänze anhängen, so wäre die geographische Schönheit Troisdorfs unbedingt zerstört. Weiter würde man dadurch Menschen zusammenzwingen, die, wie ihre Wohnsitze, ganz verschiedenartiger Struktur und Charakter sind und sich infolgedessen nur sehr schwer oder aller Wahrscheinlichkeit nach niemals <sup>an</sup> einander gewöhnen können. Da die gedachten Orte aber auch auf allen übrigen Gebieten ganz und gar nicht zu Troisdorf passen, würde der städtische Charakter Troisdorfs

Troisdorfs erheblich gestört und bestenfalls eine zusammenhanglose und unorganische Stadt grösseren Ausmasses geschaffen werden. Im übrigen wäre es doch gänzlich unverständlich, und sachlich durch nichts zu begründen, dass man, lediglich um dem auch heute gut lebensfähigen Troisdorf Ausdehnungsmöglichkeiten zu schaffen, von solchen Gemeinden Stücke abtrennen würde, die ebenso lebensfähig und notwendig und zudem grösser als Troisdorf sind und durch eine solche Abtrennung nun im einseitigen Interesse des heute kleineren Troisdorf plötzlich eine Kleingemeinde ohne jede Lebensmöglichkeit schaffen oder sogar gänzlich lösen würde. Diese Bestrebungen Troisdorfs gehen doch wirklich entschieden zu weit und hat der Herr Regierungspräsident mit seinem Vorschlag auf Grenzregulierung solche ja geradezu als masslos anmutenden Ansprüche nicht wecken wollen. Man wird doch auch wohl nicht vergessen dürfen, dass der nationalsozialistische Staat mit seiner völkischen Parole: "Zurück aufs Land!" zum Ausdruck gebracht hat, dass er bei Akzeptierung von Kleinstädten die Schaffung von Gross- und grösseren Städten nicht wünscht. Sicherlich aber kann es nicht in seinem Sinne liegen, dass man ausgesprochene Landgebiete und Menschen zwangsweise zur Stadt überführt. Ausserdem dürfte auch die hier beantragte teilweise Umgemeindung von durchaus lebensfähigen Gemeinden den Weisungen höherer Stellen zur Frage der Zusammenlegung von Gemeinden entgegenstehen. Auch dürfte hier die Frage berechtigt sein, wohin Troisdorf sich dann noch weiter "ausdehnen" will, wenn im Falle der jetzt beantragten Teileingemeindung der Gemeinde Sieglar in 10 oder 20 Jahren auch dieser Teil restlos bebaut ist? Aus dieser Frage ergibt sich nämlich die Haltlosigkeit der jetzt behaupteten "Ausdehnungsnotwendigkeit" Da



Da Troisdorf nämlich auch heute durch-  
auch gut lebensfähig ist und bleibt,  
kommt es doch wirklich nicht darauf  
an, ob es 10 oder 20 Jahre früher oder  
später mit seinem Baugelände und sei-  
ner Ausdehnungsmöglichkeit am Ende  
ist, im Gegenteil ist der heutige  
Zustand auf die Dauer gesehen besser,  
da bei der Durchführung des Troisdor-  
fer Planes anstelle von 2 zufriedenen  
Gemeinden eine ständig unzufriedene  
Stadt entstehen würde.

Folgende Tatsachen bitte ich  
auch noch zu berücksichtigen:

- 1) Bei der von Troisdorf beantrag-  
ten Eingemeindung würde Troisdorf  
ab sofort der Einwohnerzahl der  
Kreisstadt Siegburg gleichkommen  
und letztere im Laufe der Jahre so-  
gar erheblich überholen. Daraus  
würde sich eine für die Stadt  
Siegburg untragbare Konkurrenz er-  
geben. Siegburg steht heute wirt-  
schaftlich und finanziell noch sehr  
schlecht und wird auch zu seiner  
Erholung noch Jahre bedürfen. Heute  
baut sich die Stadt Siegburg auf  
seiner ziemlich umfangreichen Ge-  
schäftswelt auf. Sie ist ihre Haupt-  
steuerkraft. Die Bevölkerung von  
Troisdorf, besonders aber der Ge-  
samtgemeinde Sieglar, deckt den  
grössten Teil ihres ständigen Be-  
darfs in den Geschäften Siegburgs.  
Werden die Ausdehnungsmöglichkeiten  
Troisdorfs grösser, so wird sich  
zwangsläufig und ohne jeden Zwei-  
fel auch in Troisdorf die Geschäfts-  
welt aller Branchen weiter und grö-  
ßer festsetzen, und so die eigene  
Verbraucherschaft und die der Ge-  
meinde Sieglar bestimmt in Trois-  
dorf festhalten. Es ist mir bekannt,  
dass die Geschäftsleute in Siegburg  
diese Tatsachen heute schon sehr

|                 |             |
|-----------------|-------------|
| <i>Sieglar</i>  | 4430        |
| <i>Tr.</i>      | 742         |
| <i>W. C.</i>    | 3676        |
| <i>Manolden</i> | 285         |
|                 | <u>9133</u> |

sehr befruchten, und zwar mit vollem  
Recht. Für die Kreisstadt Siegburg würde  
das aber untragbar sein, sodass neben  
der Vernichtung der Gemeinde Sieglar und  
vielleicht der Gemeinde Mendon auch die  
zukünftige Existenz der Kreisstadt ernst-  
lich in Frage gestellt wird.

Eine Stellungnahme der Stadt Siegburg  
dürfte somit auch unbedingt erforderlich  
sein.

- 2) Bei einer völligen Aufteilung der Ge-  
meinde Sieglar bliebe ein Gebiet von  
der Gemeindegrenze Siegburg - Trois-  
dorf bis zur äussersten Grenze der Ge-  
meinde Lalsdorf verwaltungsmässig ein-  
zuteilen. Es handelt sich dabei um  
eine Strecke von 25 bis 30 km mit ca.

ha. Flächeninhalt, und sehr  
ungleichen Bebauung und Gesamtstruktur.  
Nach dem Eventual-Vorschlag der Ge-  
meinde Troisdorf müssten mit 2 Amts-  
dienststellen die umfangreichen Kommu-  
nalen Aufgaben in dem Gebiete zu lösen  
sein. Ich vermag diesen Glauben nicht  
zu teilen.

- 3) Würde man die Gemeinde Sieglar durch  
die Umgemeindung zwar verkleinern, sie  
aber als solche bestehen lassen, so  
würde dadurch keine Verwaltungskosten-  
ersparnis eintreten, da die heutige  
Verwaltung entsprechend der Grösse der  
heutigen Gemeinde mit Personal viel zu  
schwach besetzt ist. Andererseits wür-  
de in Troisdorf eine Erhöhung dieser  
Kosten zwangsläufig sein. Teilt man  
aber die Gemeinde Sieglar völlig auf,  
so kann m.E. ebenso wenig eine nen-  
nenswerte Ersparnis eintreten. Es wür-  
de die Verwaltungsstelle und besten-  
falls 2 Beamte in Fortfall kommen. Das  
übrige Personal würde die beiden ver-  
grösserten Verwaltungsstellen unbe-  
dingt notwendig haben, um die erhal-  
tene Mehrarbeit bestreiten zu können.  
Eine umfangreiche Erweiterung der bei-



beiden Amtsgebäude würde an Stelle des eingesparten unerlässlich sein und an die beiden überzähligen Beamten wären unter Umständen Pensionen zu zahlen. Berücksichtige ich dazu noch die bereits erwähnte nicht unerhebliche Mehrbelastung, die der Bevölkerung im persönlichen Verkehr mit den Dienststellen entstehen würde, so darf man wohl sagen, dass nicht nur keine Ersparnis, sondern sehr wahrscheinlich eine nicht zu unterschätzende Vertenerung eintritt, die bei objektiver Beurteilung durch nichts gerechtfertigt wäre.

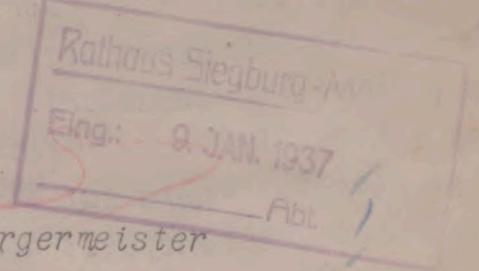
Zusammenfassend kann ich hier nur erklären, dass die Gemeinde Sieglar bei ihrem heutigen Gebilde zu einer wirtschaftlichen Einheit gehört, deren Finanzverhältnisse trotz einer Schuldenlast von einer 1.600.000.-RM auf gesunder wirtschaftliche Grundlage beruhen. Die angestrebte Grenzbegradigung mit Eingemeindungsabsichten erfolgt nur auf Kosten der Bevölkerung von Sieglar und zum Vorteile der Gemeinde Troisdorf. Ich muss mich folgedessen zu der in Frage stehenden Grenzbegradigung mit dem Ziele einer Eingemeindung auf den Standpunkt der Kreisleitung Sieg der NSDAP., Abteilung für Kommunalpolitik stellen, die sich bereits in einer Eingabe vom 3. Februar 1933, an den Herrn Landrat des Siegkreises entschieden gegen die damals beabsichtigte Aufteilung der Grossgemeinde Sieglar wandte, weil die Eingemeindungsbestrebungen einer nach nationalsozialistischen Grundsätzen zu währenden Gemeindepolitik entgegensteht.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 12

Der Landrat des Siegkreises  
Kommunale Kreisverwaltung  
Hauptabteilung.

K. IV. Nr. 12253.

Siegburg, den 5. Januar 1937.



An  
den Herrn Amtsbürgermeister  
in  
Siegburg-Mülldorf.

Anfang 1934 hat der Bürgermeister in Troisdorf den Antrag gestellt, der Gemeinde Troisdorf das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadt" zu verleihen. Er begründet diesen Antrag damit, dass die Gemeinde Troisdorf nach Struktur, Siedlungsform, Gebietsumfang, Einwohnerzahl und anderen, die soziale und kulturelle Eigenart der örtlichen Gemeinschaft bestimmenden Merkmalen, durchaus städtischen Charakter besitze.

Der Herr Regierungs-Präsident in Köln vertritt die Auffassung, dass die Verleihung der Bezeichnung "Stadt" an die Gemeinde Troisdorf verfrüht sei, solange nicht die kommunalen Grenzverhältnisse in diesem Gebiet, also zwischen den Gemeinden Troisdorf, Sieglar und dem Amte Menden bereinigt seien. Die heutige Grenzziehung zwischen den genannten Orten sei auf die Dauer unhaltbar, da sie die beiden grössten industriellen Werke durchschneide und auch sonst die Siedlungsverhältnisse nicht berücksichtige. Der Herr Regierungs-Präsident ist ferner der Ansicht, dass die Bezeichnung "Stadt" nur einem gebiets- und verwaltungsmässig in sich abgerundeten Gemeinwesen verliehen werden kann. Der Auffassung des Herrn Regierungs-Präsidenten, dass die zeitige Grenzziehung zwischen der Gemeinde Troisdorf einerseits und dem Amte Menden und der Gemeinde Sieglar andererseits auf die Dauer unhaltbar sei, kann ich nur beitreten. Es wird deshalb erwogen werden müssen, Verhandlungen mit den beteiligten Kommunen über eine kommunale Neugliederung in diesem Raume ins Auge zu fassen.

Der



Der Bürgermeister in Troisdorf hat sich zu den vom Herrn Regierungs-Präsidenten aufgeworfenen Fragen wie folgt geäußert:

"Die Gemeinde Troisdorf ist mit über 10.000 Einwohnern auf ein Gebiet von ca. 742 Hektar beschränkt. Hiervon entfällt noch ein beträchtlicher Teil auf den Übungsplatz Wahn, der praktisch, namentlich für eine Bebauung, für Troisdorf ausfällt. Im nordwestlichen Teile liegen die Werke der Dynamit A.G., vorm. Alfred Nobel & Co., mit dem Sitz in Troisdorf, mit mindestens 7.000 und im südöstlichen Teile die Klöcknerwerke A.G. mit 3.000 beschäftigten Arbeitern und Angestellten. Beide Werke werden von der Gemeindegrenze derart durchschnitten, dass von der Dynamit A.G. 35,42 % gemäss der Gewerbesteuerverteilung nach Troisdorf und der Rest auf die Gemeinde Sieglar und die Ortschaft Friedrich-Wilhelm-Hütte im Amte Menden entfällt. Von der Firma Klöcknerwerke A.G., Abt. Mannstaedtwerke in Troisdorf entfallen nach der Gewerbesteuerverteilung 3/10 auf die Gemeinde Troisdorf und 7/10 auf die Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte im Amte Menden. Dabei sind die Grenzen innerhalb der Werke nicht einmal gerade, sondern sehr verzwickt. Unmittelbar mit Troisdorf zusammengewachsen und verbunden sind die Ortschaften Friedrich-Wilhelms-Hütte vom Amte Menden und Oberlar aus der Gemeinde Sieglar. Der Ort Spich hat ebenfalls durch Oberlar eine Verbindung mit Troisdorf.

Seit dem Emporblühen der hiesigen Industrie, etwa um die Jahrhundertwende, sind öfters, bald in kürzeren, bald in längeren Abständen, Bestrebungen zu Grenzveränderungen, Um- oder Eingemeindungen usw. laut geworden und von den damals massgebenden Körperschaften, von der Bevölkerung und den Behörden in ausgiebiger Weise verhandelt worden. Die Anträge kamen oft aus der Bürgerschaft, sowohl aus der einen als auch aus der anderen Gemeinde. Manchmal waren die Behörden und manchmal Private, insbesondere auch die Grossindustrie die Antragsteller zu einer kommunalen Neugliederung. Zuletzt war eine Neugliederung der Ämter in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch den Herrn Kommissar des Preussischen Ministers des Innern vom 8. November 1932 - mitgeteilt durch dortseitige Verfügung vom 19. November 1932, A.I.J.Nr. 9817, angeordnet worden. Nachdem die notwendigen Vorbereitungen getroffen-

troffen waren, wurde durch Erlass des Herrn Preuss. Ministers des Innern vom 21. Februar 1933, IV a IV 8 - mitgeteilt durch Verfügung vom 1.3.1933, A.I.J.Nr. 2048 - angeordnet, dass von der Weiterverfolgung der Neugliederung der Ämter abzusehen ist.

Der infolge seiner gutgehenden Industrie blühende und aufstrebende Ort Troisdorf ist in seiner Entwicklung innerhalb seiner heutigen politischen Grenzen nahezu am Ende. Die Aufschliessung weiteren Baugeländes, die aber in der kommenden Zeit bei der Fortdauer der jetzigen Entwicklung unumgänglich ist, verlangt zwingend die Überschreitung oder Beseitigung der heutigen Gemeindegrenze. Dieses trat noch in den letzten Monaten besonders auffallend in die Erscheinung, als die Gemeinde Troisdorf ein rd. 100.000 qm grosses Siedlungsgelände von dem Freiherrn von Beverfoerde käuflich erwarb. Von dem Siedlungsgelände, auf welchem durch die Gemeinde Troisdorf 79 Siedlerstellen und 6 Volkswohnungen in den nächsten Monaten errichtet werden sollen, liegen 2 Parzellen in der Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte im Amte Menden. Diese Tatsache macht sich bei der Errichtung der Siedlung schon unangenehm bemerkbar, weil diese Parzellen doch nicht von der Gemeinde Troisdorf bebaut werden können. Durch die Auflösung der Ortschaft Altenrath ist die Nachfrage nach geeignetem Siedlungsgelände in der Gemeinde Troisdorf ausserordentlich stark, weil etwa 80 % der Bewohner des Ortes Altenrath in der Gemeinde Troisdorf sich ansiedeln wollen. Auch hierbei machen sich die politischen Gemeindegrenzen nach ihrem heutigen Stande sehr unangenehm bemerkbar, weil in der Gemeinde Troisdorf kaum noch geeignetes Siedlungsgelände ohne Durchbrechung der politischen Grenze zwischen dem Amte Menden und den Gemeinden Sieglar und Troisdorf vorhanden ist. Eine grosszügige Planung nach modernen städtebaulichen Gesichtspunkten ist nur bei Erweiterung des Gemeindegebietes möglich. Schon allein dieser Umstand bedingt eine Ausdehnung Troisdorf. Aber auch sonstige Gründe zwingen geradezu zu einer Erweiterung des Gemeindegebietes. Die Verwaltung und polizeiliche Überwachung solch grosser und wichtiger industrieller Betriebe von verschiedenen Behörden ist nicht nur unrationell, sondern auch, und besonders im polizeilichen Interesse, fast unmöglich. Die in Wirklichkeit zusammen und ineinander gewachsenen Ortschaften Friedrich-Wilhelms-Hütte, Troisdorf und Oberlar werden von drei verschiedenen Stellen und mithin auch nach drei verschiedenen Gesichtspunkten verwaltet. Vom städtebaulichen, wie auch vom verwaltungs-



17. April 1937.

waltungstechnischen Standpunkte aus ist dieser Zustand höchst unerwünscht. Es ist garnicht zu vermeiden, dass nicht allein ohne den nötigen Zusammenhang, sondern unbewusst sogar gegeneinander gearbeitet wird. Die Bevölkerung, die durch die Grenzziehung verschiedentlich behandelt wird, - ich denke an den verschiedenen Schulbesuch, verschiedene Steuersätze usw. - kann die Beibehaltung dieses Zustandes nicht verstehen. Eine Beseitigung der Grenzen würde hier viele Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten beseitigen und von der Bevölkerung beider Seiten nur begrüsst werden.

Die weiteren vielen Gründe, die den Zusammenschluss von Troisdorf mit Friedrich-Wilhelms-Hütte, Sieglar, Oberlar und Spich nötig machen, sind so offensichtlich und dringend, dass sich weitere Darlegung hier erübrigen dürfte. Sie sind bisher auch niemals und von keiner Seite bestritten worden.

Die früheren Bestrebungen auf Herbeiführung einer Grenzverbesserung sind daher auch niemals gescheitert, etwa weil deren Notwendigkeit nicht anerkannt wurde, sondern sie sind nicht zustande gekommen, weil die Zeitverhältnisse nicht dazu angetan waren und durch behördliche Anordnungen die Weiterverfolgung der Zusammenlegungspläne untersagt wurde.

Es liegt m.E. im Interesse aller beteiligten Gemeinden, aller Bevölkerungskreise und im Gemeinwohl, wenn die mit der Gemeinde Troisdorf verwachsenen Ortschaften Friedrich-Wilhelms-Hütte bis zur Sieg (die Sieg würde dann die natürliche Grenze bilden), Sieglar, Oberlar und Spich mit Troisdorf vereinigt werden. Die Gemeinde Troisdorf würde dann einen einheitlichen, rein industriellen und städtischen Einschlag haben, wogegen die verbleibenden Teile von Menden und Sieglar vielleicht noch unter Einbeziehung weiteren Gebietes, etwa des Amtes Niederkassel, rein ländlichen Einschlag bekommen würde. Ein Steuerausfall würde für die Restgemeinden auch kaum eintreten, weil der Gewerbesteuer ausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden (Ausgleichszuschuss) in den §§ 12 - 21 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen vom 1.12.1936 (RGBl. I. S. 961) geregelt ist.

Die nähere Festlegung der Grenzziehung und die weiteren Bestimmungen und Einzelheiten können später im Verhandlungswege erfolgen.

Von dieser Grundlage aus sind gegen die Aufnahme von Eingemeindungsverhandlungen keine Bedenken zu erheben."

Zu diesem Antrage des Bürgermeisters in Troisdorf ersuche ich bis zum 5. Februar ds. Js. Stellung zu nehmen und eingehend darzulegen, ob die Verwirklichung des von dem Bürgermeister in Troisdorf vorgeschlagenen Planes die Lebensfähigkeit der Gemeinde und des Amtes Menden infrage stellt.

1. Aufgezeichnet am 8. März 1937  
Stellv. Landrat.

2. Aufgezeichnet am 8. März 1937

3. Aufgezeichnet am 8. März 1937

4. Aufgezeichnet am 8. März 1937

I

An

den Herrn Landrat  
Kommunale Kreisverwaltung

in

Siegburg.

Betr. Antrag der Gemeinde Troisdorf auf Eingemeindung  
der Ortschaften Friedrich-Wilhelms-Hütte, Oberlar,  
Sieglar und Spich.

Zur Verfügung vom 5. Januar 1937 K.IV.Nr. 12 253.

Die Bestrebungen der Gemeinde Troisdorf, den rechts der Sieg gelegenen Gemeindeteil der Gemeinde Menden und zwar die Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte einschliesslich der Betriebsanlagen der Klöcknerwerke, Abteilung Mannstaedtwerke A.G. einzugemeinden, reichen bereits längere Zeit zurück. In den vorliegenden Antrag der Gemeinde Troisdorf ist weiterhin aufgenommen, den rechts der Sieg gelegenen Teil von dieser Gemeinde insgesamt abzutrennen, demnach auch den Teil, der auf Sieglar und Oberlar zu gelegen ist. Demnach soll für die Folge die Sieg die natürliche Grenze zwischen Troisdorf, Sieglar und dem Amte Menden bilden. Die bisherigen Bestrebungen sind bisher daran gescheitert, dass seitens der beteiligten Stellen die Notwendigkeit dieser Eingemeindung nicht anerkannt werden konnte, dass aber auch seitens der hiesigen Verwaltung für die Gemeinde und das Amt Menden der Nachweis geführt werden musste, dass das Amt und die Gemeinde Menden ohne die Steuereinnahmen der Klöcknerwerke A.G. nicht lebensfähig sind. Auch heute kann der Gemeinde und dem Amte Menden nicht zugemutet werden, auf die Steuereinnahmen der Klöcknerwerke zu verzichten, soll nicht die Lebensfähigkeit dieser Gemeinde und des Amtes mit dem gleichen Zeitpunkt unter



unter allen Umständen infrage gestellt sein. Zum Beweise der Richtigkeit dieser Ausführungen gestatte ich mir auf nachstehende Aufstellung zu verweisen. In dieser Aufstellung ist nachgewiesen, welche Beiträge von den Gemeinden des hiesigen Amtes insgesamt an das Amt Menden in den einzelnen Rechnungsjahren gezahlt worden sind, welcher Beitrag davon auf die Gemeinde Menden entfiel und in welchem prozentualen Verhältnis dieser Beitrag zu dem insgesamt aufzubringenden Beitrag steht.

| Rechnungsjahr | Beitrag aller Gemeinden an das Amt | Beitrag der Gemeinde Menden an das Amt | % Anteil der Gemeinde Menden |
|---------------|------------------------------------|--|------------------------------|
| 1937          | 258000                             | 173310                                 | 67,17                        |
| 1936          | 209000                             | 159700                                 | 76,41                        |
| 1935          | 158270                             | 107510                                 | 67,93                        |
| 1934          | 131964                             | 87850                                  | 66,57                        |
| 1933          | 133650                             | 88605                                  | 66,30                        |
| 1932          | 172500                             | 103490                                 | 59,99                        |
| 1931          | 267119                             | 186175                                 | 69,70                        |
| 1930          | 275730                             | 203486                                 | 73,80                        |
| 1929          | 256891                             | 188989                                 | 73,57                        |
| 1928          | 246444                             | 177318                                 | 71,95                        |
| 1927          | 255816                             | 175657                                 | 68,66                        |
| 1926          | 203996                             | 126229                                 | 61,88                        |

Der Beitrag der Gemeinde Menden an den Gesamtschulverband steht in einem ähnlichen Verhältnis. Nachstehende Aufstellung weist Einzelheiten der verschiedensten Rechnungsjahre nach.

| Rechnungsjahr | Beitrag aller Gemeinden | Beitrag der Gemeinde Menden | % Anteil der Gemeinde Menden |
|---------------|-------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| 1937          | 88370                   | 47650                       | 53,92                        |
| 1936          | 92820                   | 51975                       | 55,99                        |
| 1935          | 77430                   | 39600                       | 51,14                        |
| 1934          | 74050                   | 39400                       | 53,21                        |

Aus diesen Aufstellungen geht eindeutig hervor, dass die Gemeinde Menden bzw. die früheren Gemeinden Ober- und Niedermenden an dem Finanzbedarf des Amtes und des Gesamtschulverbandes bis

zu

zu 76% des Gesamtbedarfs beteiligt waren und auch heute noch sind. Sollte trotz dieser Beweisführung die Eingemeindung des Ortsteiles Friedrich-Wilhelms-Hütte nach Troisdorf vorgenommen werden, so tritt die Notwendigkeit ein, den dadurch nicht zu vermeidenden Ausfall an Beiträgen zu dem Finanzbedarf des Amtes und des Gesamtschulverbandes auf die übrigen Gemeinden umzulegen. Diese Gemeinden können jedoch eine Mehrbelastung heute und in absehbarer Zeit finanziell nicht aufbringen, ohne selbst in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen. Die Gemeinden Holzlar und Meindorf sind bereits heute ausserstande, die ihnen gesetzlich obliegenden Ausgaben zu leisten, ohne an die Erfüllung freiwilliger und unbedingt notwendiger kommunaler Aufgaben überhaupt zu denken. Eine Erhöhung der Realsteuern zum Ausgleich der Mehrbelastung ist auf jeden Fall untunlich und kann m.E. nicht vertreten werden, abgesehen davon, dass die gesetzlichen Vorschriften eine Erhöhung nicht zulassen. Auch kann nicht etwa angenommen werden, dass durch die Abtrennung des Ortsteiles Friedrich-Wilhelms-Hütte nach Troisdorf für die hiesige Verwaltung eine Verwaltungskostenersparnis eintritt, die den Ausfall an Steuern auch nur in etwa wieder wettzumachen imstande sein könnte. In den letzten Jahren sind die Verwaltungskosten des Amtes Menden bereits wesentlich gesenkt worden und würde selbst eine Abtrennung eines Teiles der Gemeinde Menden eine weitere Beschränkung des Verwaltungsapparates nicht zulassen. Der Einwand der Gemeinde Troisdorf, dass ein Steuerausfall für die Restgemeinde Menden kaum eintritt, weil der Steuerausgleich zwischen der Wohn- und der Betriebsgemeinde durch die Zahlung des Ausgleichszuschusses in den §§ 12-21 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936 diesen Ausfall wieder wettmache, ist durch diesen Hinweis allein nicht unter Beweis gestellt. Jedenfalls kann heute bereits als feststehend angenommen werden, dass der zu zahlende Ausgleichszuschuss für die Gemeinden des hiesigen Amtes auch bei weitem nicht das Aufkommen an eigener Gewerbesteuer bringen kann



kann, abgesehen davon, dass die Gemeinde Troisdorf es unterlassen hat, auf den Ausfall an Gemeindesteuern (Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer) überhaupt hinzuweisen.

Die Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte stellt eine reine, in sich abgeschlossene Arbeiterkolonie dar, die in den Jahren 1910 bis 1914 von den damaligen Mannstaedtwerken errichtet wurde. Sie weist lediglich vereinzelte Privathäuser auf. Die Ausführungen des Leiters der Gemeinde Troisdorf, dass die Bevölkerung von Friedrich-Wilhelms-Hütte wirtschaftlich nach Troisdorf orientiert sei, wird nur zum geringen Teil als richtig angenommen werden können. Es kann unter Beweis gestellt werden, dass eine wirtschaftliche Orientierung nach Menden tatsächlich vorliegt, haben doch die Gewerbetreibenden von Menden ihren hauptsächlichsten Kundenkreis in Friedrich-Wilhelms-Hütte. Grössere Einkäufe werden von der Landbevölkerung immer wieder in benachbarten grösseren Gemeinden und Städten vorgenommen. Da die Gemeinde Troisdorf grössere Geschäfte aufweist, bleibt es verständlicherweise nicht aus, dass die Bewohner von Friedrich-Wilhelms-Hütte ihren Bedarf an Kleidung und ähnlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs, soweit sie von den Geschäftsleuten in Menden nicht oder in nicht genügendem Umfange zum Verkauf angeboten werden, in Troisdorf, darüber hinaus aber auch in Siegburg und Köln eindecken. Keinesfalls kann daraus aber gefolgert werden, dass eine wirtschaftliche Orientierung ausschliesslich nach Troisdorf vorliegt, die eine Eingemeindung notwendig macht.

Die Gemeinde Troisdorf begründet ihren Anspruch auf Eingemeindung von Friedrich-Wilhelms-Hütte und verschiedener Orte der Grossgemeinde Sieglar weiterhin damit, dass eine Ausdehnungsmöglichkeit der demnächstigen Stadt Troisdorf nicht mehr bestehe. So sei z.B. notwendig geworden, von 79 Siedlerstellen verschiedene Wohnungen in die Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte zu ver-

verlegen, weil das Siedlungsgebiet an die Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte unmittelbar angrenze. Aus welchem Grunde aber diese Verlegung von Siedlungen in das Gebiet des Amtes Menden und zwar nach Friedrich-Wilhelms-Hütte auch die Notwendigkeit ergibt, diese Ortschaft nunmehr nach Troisdorf einzugemeinden, ist nicht recht ersichtlich, wenn auch der Wunsch verständlich ist, Siedlungen ausschliesslich innerhalb der eigenen Gemeindegrenzen zu errichten.

Die Ortschaft Altenrath im Amte Lohmar wird nach den Ausführungen des Bürgermeisters von Troisdorf vollständig aufgelöst und sollen etwa 80% der Bewohner dieser Ortschaft in Troisdorf angesiedelt werden. Ein Teil der Bewohner von Altenrath ist bei den industriellen Unternehmen in der Gemeinde Troisdorf beschäftigt und kann auch nur dieser Teil den Wunsch haben, in der Gemeinde Troisdorf Wohnung zu nehmen. Bekannt ist aber auch, dass ein grosser Teil in Lohmar selbst und in andern Gemeinden des Siebkreises Wohnung nehmen will. Dazu dürfte aber auch noch folgendes zu sagen sein. Die Bewohner von Altenrath waren und sind rein ländlich orientiert, was bisher nicht bestritten ist. Diese Bewohner haben fast in jedem Falle neben der Fabrikarbeit einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, zumindest aber einen grösseren Garten zur Eigenerzeugung von Gemüse, Frühkartoffeln usw. bewirtschaftet und Kleinvieh gehalten. Troisdorf soll nach den Ausführungen in dem gestellten Eingemeindungsantrag für die Folge rein industriellen und städtischen Charakter tragen. Dies bedeutet, dass es für die bisherigen Bewohner von Altenrath für die Folge unmöglich sein wird, die in Altenrath ausgeübte Nebenbeschäftigung zur Verringerung der eigenen Lebenshaltungskosten in Troisdorf fortzusetzen. Auch sie werden alsbald Städter selbst dann, wenn für die Siedlungen das Halten von Kleinvieh vorgeschrieben wird. Sollte diese Auflage jedoch gemacht werden, so werden diese Siedlungen in das Städtebild der demnächstigen Stadt Troisdorf sich nicht einfügen lassen. Ob es deshalb richtig ist, den Zuzug der Bevölkerung von Altenrath überhaupt aus den rein ländlichen Ge-



Gegenden nach Troisdorf in dem angegebenen Umfange unter allen Umständen zu fördern, kann durchaus in Zweifel gezogen werden. Die Bestrebungen des heutigen Staates gehen auf jeden Fall dahin, einer Verstädterung unter allen Umständen Einhalt zu tun. Ich würde es z.B. viel richtiger finden, diese Belegschaften der industriellen Werke aus Friedrich-Wilhelms-Hütte und Troisdorf in den Landgemeinden der Umgebung von Troisdorf, etwa innerhalb der Grossgemeinde Sieglar oder innerhalb des hiesigen Amtes anzusiedeln, die gleichfalls über geeignetes Siedlungsgelände verfügen und in denen die Möglichkeit besteht, wie bisher zumindest einen grösseren Garten zu bewirtschaften und Kleinvieh zu halten. Der Zuweg zur Arbeitsstelle wird dadurch wesentlich nicht erschwert, ist doch bereits heute ein grosser Teil der Bewohner aus den benachbarten Landgemeinden bei den industriellen Werken in Troisdorf tätig. Die Erfahrung hat immer wieder gelehrt, dass in Siedlungen in direkter Nähe der Stadt gelegen, von der zugezogenen Landbevölkerung anfänglich noch Kleinvieh gehalten wird, dass man aber nach kurzer Zeit von dieser volkswirtschaftlich wichtigen Nebenbeschäftigung, selbst von der Bewirtschaftung eines eigenen Gartens immer mehr abkommt.

Ich habe bereits ausgeführt, dass die Wohnsiedlung der Belegschaft der Klöcknerwerke in Friedrich-Wilhelms-Hütte in sich abgeschlossen ist. Auch sind die Betriebsanlagen der Klöcknerwerke in sich abgeschlossen. Es kann deshalb keine Notwendigkeit vorliegen, diesen Teil der Gemeinde Menden nach Troisdorf auszugemeinden, da eine Entwicklung der Gemeinde Troisdorf dahin, vor allem aber in die Betriebsanlagen der Klöcknerwerke nicht möglich ist.

Das Amt Menden und die ihm angeschlossenen Gemeinden sind mit Ausnahme zweier Gemeinden grundsätzlich als finanziell gesund zu bezeichnen. Wenn auch die früheren Zeiten der Not dem Amte Menden eine wesentliche Verschuldung brachten, so ist eine weitere Verschuldung nicht mehr zu erwarten,

da

da doch der grösste Teil der bisherigen Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess wieder untergebracht ist. Die Unterbringung des letzten Teiles, sofern es sich dabei nicht um Kranke und nur zum Teil Arbeitsfähige handelt, steht in absehbarer Zeit zu erwarten. Bei sparsamster Wirtschaftsführung war es dem Amte Menden und seinen Gemeinden möglich, eine weitere Verschuldung in den letzten Jahren seit der Machtübernahme zu vermeiden und die laufenden Schuldverpflichtungen in jedem Falle regelmässig zu erfüllen. Diese Möglichkeit wird auch für die Folge bestehen. Die Steuersätze vor allem in der Gemeinde Menden erreichen den Landesdurchschnitt und liegen teils nur geringfügig über denen der benachbarten Gemeinden. Durch die Abtrennung von Friedrich-Wilhelms-Hütte und dem damit zu erwartenden Ausfall an Steuern ist dagegen die Lebensfähigkeit sowohl der Gemeinde als auch des Amtes Menden durchaus in Frage gestellt, wie ich eingangs dieser Ausführungen bereits unter Beweis stellte. Im Falle der Abtrennung von Friedrich-Wilhelms-Hütte wird deshalb notwendig werden, entweder dem verbleibenden Restteil des Amtes Menden weitere Einnahmen zuzuteilen, oder aber die übrigen Gemeinden andern benachbarten Gemeinden und Städten einzugliedern und damit das Amt Menden aufzuteilen. Da die Zuteilung weiterer Einnahmen für das Amt sehr wahrscheinlich nicht möglich sein wird, würde das letztere und zwar die Aufteilung des Amtes nicht zu umgehen sein. In diesem Falle müsste nicht allein die gesamte Mendener Gemeinde nach Troisdorf und die Gemeinden Siegburg-Mülldorf, Buisdorf und Niederpleis nach Siegburg eingemeindet werden, vielmehr würde keinesfalls zu vermeiden sein, die Gemeinden Hangelar und Holzlar des hiesigen Amtes der Gemeinde Beuel zuzuteilen. Die Bestrebungen der Gemeinde Beuel auf Eingemeindung von Hangelar und Holzlar sowie die Bestrebungen der Stadt Bonn auf Eingemeindung von Beuel mit Hangelar und Holzlar einschliesslich des Flughafens Hangelar darf ich jedoch als bekannt voraussetzen. Ich verfehle deshalb nicht, darauf hinzuweisen, dass im Falle einer not-



notwendigen Aufteilung des Amtes Menden eine Änderung der Kreisgrenzen gleichfalls unvermeidbar ist. An der Änderung der Kreisgrenzen wird m.E. der Siebkreis nicht interessiert sein können. Dazu ist weiterhin auszuführen, dass sämtliche Gemeinden des hiesigen Amtes weder städtischen Charakter tragen, noch so umgestaltet werden können, dass sie in absehbarer Zeit in das Stadtbild von Troisdorf, Siegburg oder Beuel hineinpassen, bezw. deren Stadtbild verschönern könnten. Viele landwirtschaftliche Gross- und Kleinbetriebe können nicht aufgegeben werden nur aus dem Grunde, um eine Eingliederung in eine Stadt möglich zu machen und eine Verbesserung des Stadtbildes herbeizuführen. Damit würde aber auch die Sieg nicht mehr die natürliche Grenze bilden, was mit dem Antrag des Leiters der Gemeinde Troisdorf zweifellos beabsichtigt sein soll, da alle Gemeinden des hiesigen Amtes mit Ausnahme des Ortsteils Friedrich-Wilhelms-Hütte links der Sieg gelegen sind. Die gegen die Zuweisung der Bewohner von Altenrath nach Troisdorf und deren Ansiedlung daselbst vorgebrachten Gründe treffen deshalb in vollem Umfange auf die Gemeinden des hiesigen Amtes zu, die einer Stadt zugeteilt werden müssten.

Eine verwaltungsmässige Betreuung der Klöcknerwerke in Friedrich-Wilhelms-Hütte teils von Troisdorf und teils von Menden aus, soll zu Schwierigkeiten führen. Demgegenüber stelle ich ausdrücklich hiermit fest, dass sich bisher Schwierigkeiten vermeiden liessen und bei weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit der Verwaltungen von Troisdorf und Menden auch für die Folge vermeiden lassen.

Zusammenfassend gestatte ich mir deshalb hiermit festzustellen, dass eine teilweise Abtrennung von Gebietsteilen aus dem Amte Menden, vor allem aber die Abtrennung der Ortschaft Friedrich-Wilhelms-Hütte nur unerwünscht sein kann und den Zielen der heutigen Staatsführung aus den vorgebrachten Gründen zuwiderläuft. Die Gemeinde Troisdorf müsste deshalb auf einem anderen Wege die

Mög-

Möglichkeit suchen, geeignetes Baugelände zu erschliessen, wenn nicht davon abgesehen werden soll, die Belegschaften der industriellen Werke in Troisdorf selbst anzusiedeln. Die Gemeinden des hiesigen Amtes, aber auch andere benachbarte Gemeinden verfügen über geeignetes Siedlungsgelände und dürften keine Bedenken bestehen, den Belegschaften hier die Möglichkeit der Ansiedlung zu geben, wo sie ihren bisherigen Gewohnheiten treu bleiben können.

Namens des Amtes Menden und der Gemeinden des hiesigen Amtes bitte ich deshalb dem Antrage der Gemeinde Troisdorf die Genehmigung zu versagen.

2. Auf 1. Antwort

1. Menden sollte nicht helfen sein.

2. Auf 2. Antwort

J. A. 24. 8. 1907.

H. A. A. A. A.

1. für meine Befürwortung  
ist nicht notwendig.

2. Antwort für den Antrag.

J. A. 24. 8. 1907.

H. A. A. A. A.

Prüfung

A.



Der Amtsbürgermeister.

Siegburg-Mülldorf, den 2. Mai 1941.

Abt. I. 002-01.

1. Es hat sich als ~~unabweisbar~~ notwendig erwiesen, den Namen des Amtes Menden abzuändern. Verschiedene Gemeinden führen die Bezeichnung "Menden". Aus diesem Grunde kommen bei der Postzustellung die verschiedensten Verwechslungen und damit Verzögerungen in der Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten vor. Werden Postsachen mit der Aufschrift "Amt Menden-Rheinland" abgegeben, so gehen diese Postsachen zur Postagentur Menden. Hier wird als Zustellungsort "Siegburg-Mülldorf" aufgetragen. Alsdann gehen diese Postsachen nach Siegburg-Mülldorf zur Zustellung an den Empfänger. Dadurch tritt gleichfalls eine Verzögerung von mindestens einem Tage ein.

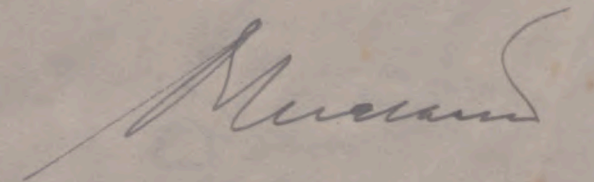
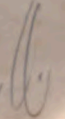
Die Bezeichnung "Amt Menden" ist früher nur deshalb aufkommen, weil damals das Bürgermeisteramt mit Rücksicht auf die Wohnung des Bürgermeisters in Menden war. Bei der Verlegung des Bürgermeisteramtes nach Siegburg-Mülldorf ist unterlassen worden, die Bezeichnung zu ändern. Eine historische Bedeutung hat die Bezeichnung "Amt Menden" nicht. Gegen die Abänderung in "Amt Siegburg-Mülldorf" bestehen demnach keine Bedenken. Nach den Vorschriften des § 10 der Deutschen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 12 der Amtsordnung spricht die Namensänderung nach § 117 Abs. 3 DGO. der Oberpräsident aus. Vorher ist jedoch den Amtsältesten Gelegenheit zur Äusserung zu geben. Die Amtsältesten sind deshalb zu einer Beratung auf *Montag* den *12. 5.* nachm. 18 Uhr im Sitzungssaal des hiesigen Rathauses einzuladen mit folgender Tagesordnung:

Änderung der Bezeichnung "Amt Menden".

///

///

2. Zur Beratung mit den Amtsältesten.



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 20

Bahnhofskasse SiegburgSiegburg, 16. Feb. 1940

An das

Bürgermeisteramt Menden

in Siegburg-Mülldorf

Die Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) wünscht folgende Fragen beantwortet:

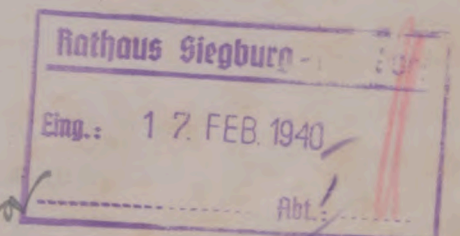
Seit wann sind die ehem Gemeinden Menden Nord, Obermenden und Niedermenden zur Gemeinde Menden vereinigt?

Welcher Ortsklasse gehört Menden an?

Wir bitten die Antwort an uns zu richten.



*Reber*





Der Amtsbürgermeister

Siegburg-Mülldorf, den 20. 2. 1940

Abtl. I/003-01

1.) An

die Deutsche Reichsbahn  
Bahnhofskasse

in

S i e g b u r g.

Zum Schreiben vom 16. 2. ds. Js.

-----

Unter Bezugnahme auf vorbezeichnetes Schreiben teile ich mit, dass die ~~Eingemeindung~~ <sup>Führungsmittel</sup> der früheren Gemeinden Nieder- und Obermenden mit Wirkung vom 1. 4. 1934 ab erfolgt.

Die Gemeinde Menden gehört zur Ortsklasse

C.

2.) Zda.

//

//

Der Reichsminister des Innern

I d. 650/41

4052

Berlin, den

Nr. 7, Unt.

An

- a) die Obersten Reichsbehörden,
- b) die Landesregierungen,
- c) die Herren Reichsstatthalter,
- d) die Herren Oberpräsidenten und die Herren Regierungspräsidenten (mit Berdr. f.d. Landräte und Oberbürgermeister).

Betrifft: Umstellung der Amtsschilder und der Dienststege auf Normalschrift.

-----

Nach meinem an die Obersten Reichsbehörden gerichteten Rundschreiben vom 26. Februar 1941 - VI d 208 V/VI/41 - <sup>4407</sup> das den mir nachgeordneten Behörden mit meinem Rundriß vom 8. März 1941 - VI d 208 V/VI/41 <sup>4407</sup>, abschriftlich mitgeteilt worden ist, hat die Neuherstellung von Schildern in jedem Falle in Normalschrift zu erfolgen. Es ist daher auch auf neu zu beschaffenden Amtsschildern die Dienststellenbezeichnung nur noch in Normalschrift herzustellen. Dazu bedarf es zunächst einer Umstellung der dem Erlaß über die Amtsschilder vom 2. Februar 1939 (RGBl. I. S. 126) beiliegenden Muster. Entwürfe einer für Amtsschilder geeigneten Normalschrift sind in Vorbereitung, ihre Fertigstellung ist aber erst in einigen Wochen zu erwarten. Bis zur Bekanntgabe der anzuwendenden Normalschrift müssen Neubestellungen von Amtsschildern unterbleiben. Aber auch nach Bekanntgabe der neuen Schriftmuster kommt eine Beschaffung neuer Amtsschilder einstweilen nur zum Ersatz unbrauchbar geordneter alter Amtsschilder oder für Dienststellen in Betracht, die bisher nicht mit einem Amtsschild versehen sind. Soweit noch brauchbare Amtsschilder älterer Art an den Gebäuden vorhanden sind, sollen sie nach Abs. 2 meines Rundschreibens vom 22. September 1939 (RMBl. IV. S. 1987) bis auf weiteres nicht ausgetauscht werden.

Von einer Umstellung der Dienststege auf Normalschrift wird vorläufig Abstand genommen, weil die Neuherstellung des Schriftmaterials, das die Firmen nach § 5 des Erlasses über die Reichsstegel vom 16. März 1937 (RGBl. I. S. 307) von der Reichsdruckerei zu beziehen hätten, einen - zurzeit nicht vertretbaren - erheblichen Mehraufwand an Arbeitskräften und Material erfordern würde. Für die Anfertigung von Dienststegen bleiben also bis auf weiteres die dem Erlaß über die Reichsstegel beigegebenen Stieglmuster auch hinsichtlich der



RS 18.1001 EM 1301 ME 1301

gehend. Eine Umstellung der Siegel auf Normalschrift  
entfällt erst nach Kriegsende erfolgen.

In Vertretung:  
gez. Dr. Stuckart.

Präsident  
2/41

Sin., den 13. Juli 1941.

Nathaus Siegburg-Müllendorf

Reg. Nr. 25.05.1941

An  
den Herrn Landrat  
in Siegburg.

Abdruck übersende ich in Nachgang zu meiner Verfügung vom  
22. 4. 1941 - A 027 (P), betr. Umstellung auf Antiquarschrift zur gefl.  
Kenntnis.

In Vertretung:  
gez. Dr. Beckhaus.

(L.S.)

Beglaubigt:  
gez. Unterschrift.  
Reg.-Assistent

Der Landrat des Siegbereiches  
K 1 b. Nr. 140 - 06/1-12

Siegburg, den 21. August 1941.

An  
die Herren Bürgermeister und  
Amtsbürgermeister  
im  
Kreise.

Siegburg-Müllendorf

Abdruck übersende ich zur Kenntnis und Beachtung. Auf mei-  
ne Verfügungen vom 7. April 1941 - L 1 a K. 103/4 - und vom 23. April  
1941 - K 1 b Nr. 130-11 - nehme ich Bezug.

2.4.1941. vi.

8.4.1941. vi.

4. August 1941.

Im Auftrage:  
F. L. K.  
Kreisbürodirektor.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 22

Der Landrat  
Kommunale Kreisverwaltung  
Hauptabteilung.

A. I. J. Nr. 1872

Siegburg, den 17. September 1934.

Stempel: Siegburg-Müllendorf  
28. SEP. 1934

Betrifft: Einführung von Amts- und Gemeindewappen.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügungen vom  
5. März und 4. Mai ds. Js., A. I. J. Nr. 1872 ersuche ich  
um Bericht bis zum 5. Oktober ds. Js., ob die Einführung  
von Amts- bezw. Gemeindewappen beabsichtigt ist, ge-  
gebenenfalls bis wann der Vorlage der Unterlagen ent-  
gegengesehen werden kann.

J.V.

*Handwritten signature*

An  
den Herrn Bürgermeister  
in  
Siegburg-Müllendorf.



k.

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

S i e g b u r g.

Nr.1872

17.9.1934

Abt.H.

4.Oktober 1934.

Einführung von Amtswappen pp.

Bei der hiesigen Verwaltung ist die Einführung eines Amtswappens beabsichtigt. Die hierfür erforderlichen Unterlagen müssen jedoch noch beschafft werden und wird mit der Vorlage vor dem 1. Januar 1935 nicht gerechnet werden können.

Heil Hitler!



Herrn Bürgermeister i.R.von Claer

Villich-Mülldorf.

Abt.H.

12.Dezember 1934.

*ab 13/12/34*

Für das hiesige Amt ist die Einführung eines Gemeindewappens beabsichtigt. Unterlagen darüber, wie dieses Wappen gestaltet werden könnte, sind hierselbst nicht vorhanden. Das Fenster am Dienstzimmer enthält dagegen ein Wappen, das sich auf die Gemeinde Menden in irgend einer Weise beziehen soll. Da seiner Zeit von Ihnen die Anbringung angeordnet worden ist, darf ich annehmen, dass hierüber irgendwelche Unterlagen und Urkunden vorhanden sein müssen. Ich gestatte mir deshalb, Sie hiermit ganz ergebenst zu bitten, mir darüber Mitteilung zu machen, an welcher Stelle <sup>ich</sup> Urkunden, und Aufzeichnungen, die sich in irgendeiner Weise auf das Mendener Wappen beziehen, einsehen kann. Für Ihre Bemühungen darf ich bereits jetzt bestens danken.

Heil Hitler!

2. Nach drei Wochen. *5/1*

das Preussische Staatsarchiv

Düsseldorf.

Abt.H.

8. Januar 1935.

Führung eines Wappens.

*ab 8/1 - 35*

Es ist hierselbst in Aussicht genommen, bei dem Herrn Preuss. Minister des Innern die Genehmigung zur Führung eines amtseigenen Wappens für das hiesige Amt zu beantragen. Das hiesige Amt besteht aus den Gemeinden Buisdorf, Mangelar, Holzlar, Meindorf, Menden, Niederpleis und Siegburg-Mülldorf im Siegkreise. Geeignete Unterlagen für die Herstellung eines Entwurfs sind hier jedoch nicht vorhanden. Da angenommen werden kann, dass dortseits geeignete Unterlagen, die sich auf das hiesige Amt beziehen, geführt werden, gestatte ich mir zu bitten, für die Führung eines amtseigenen Wappens geeignete Vorschläge aufzustellen und aber für die Herstellung eines Entwurfs geeignete Personen zu benennen. Für die dortige Mühewaltung sage ich vielen Dank. Entstehende Kosten bitte ich mir aufzugeben.

Eine Beschleunigung der Angelegenheit ist erwünscht.

*rot. 2. Wappentext mit dem Vorwort*  
2. Nach einem Monat. *Heil Hitler!*



Der Landrat  
Kommunale Kreisverwaltung  
Hauptabteilung  
K.VII.Nr. 187 2.

StadtA Sankt Aug. ME 1301, Bl. 24

Unter Bezugnahme auf den zufolge meiner Verfügung vom 17. September ds.Js. A.I.J.Nr. 1872 erstatteten Bericht ersuche ich nunmehr um Vorlage eines begründeten Antrages auf Führung eines Wappens im Dienstsiegel des dortigen Amtes bzw. der dortigen Landgemeinde bis zum 15. Januar 1935. Diesem Antrage ist ein mehrfarbiger Entwurf des Wappens in je zweifacher Ausfertigung in handlichem Format ( Din A 4 ) beizufügen. Die Umschrift würde zweckmäßig bei Ämtern mit mehreren Gemeinden "Siegel des Amtes..... ( Siegreis )" und bei den früheren Einzelgemeindeführern, die jetzt die Bezeichnung Landgemeinde führen und nach den Vorschriften des Gemeindeverfassungsgesetzes zu behandeln sind, "Siegel der Gemeinde..... ( Siegreis )" zu lauten haben. Die Verwendung des Hakenkreuzes als Abschluss oder Schmuckzeichen des Amts- oder Gemeindegels ist nach mehrmaligen ministeriellen Hinweisen nicht zulässig.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf.

*zum Vergleich  
v. d. 1912-1934  
v. d. Amtsgemeinschaft*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 26

Preussisches Staatsarchiv

St. A. Nr. 104

Düsseldorf, den 16. Januar 1935  
Prinz Georg Str. 78  
Fernruf 32859

Rathaus Siegburg-Mölldorf

Eing. 19 JAN 1935

Zum Schreiben vom 8. d.Mts. Abt. H.-

Bei der Bildung des Wappens eines aus Gemeinden  
~~aus~~<sup>mit</sup> geschichtlicher Vergangenheit zusammengesetzten  
Amtes bilden die historischen Symbole die beste und  
ehrentvollste Grundlage.

Die zum heutigen Amt Menden gehörenden Gemeinden  
waren früher im Kirchspiel Niederpleis im bergischen  
Amt Blankenberg zusammengeschlossen. Neben dem Grafen  
und Herzog von Berg hatte die Abtei Siegburg in ver-  
schiedenen Orten Recht inne. In Menden stand ihr seit  
ihrer Gründung durch Erzbischof Anno im Jahre 1064 ein  
Drittel der Kirche zu. Gleichfalls erscheint die Kirche  
von Niederpleis unter den damaligen Schenkungen Annos  
des Heiligen.

Ausser den Symbolen des Landesherrn und des In-  
habers des Kirchenpatronats kommen die Wappenmotive der  
bereits 1139 erscheinenden ehemaligen Grund- und Burg-  
herren von Menden und in zweiter Linie der seit dem

An  
den k. Herrn Amtsbürgermeister  
des Amtes

M e n d e n (Siegkreis).  
\*\*\*\*\*

15.



15. Jahrhundert im Besitz der Burg Niederpleis befindlichen Herren von Lüninck in Betracht.

Schliesslich können auch die Symbole der Pfarrpatrone St. Augustin für Menden und St. Martin für Niederpleis Verwendung finden.

Da Menden Sitz und Namensträger des Amtes ist, legen wir Ihnen folgende Lösung nahe. Im Schildhaupt des geteilten Schildes ein schreitender roter bergischer Löwe im silbernen Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum bergischen Lande, im unteren Teil als Wappenmotiv der Herren von Menden ein silbern und blau geschachtes Feld von 8 zu 8 Plätzen. Als andere Gestaltung wäre ein Schild mit dem steigenden bergischen Löwen, der mit seinen Pranken den Mendenschen Schild betreut, zu erwägen. Auch eine Verbindung des Mendenschen und Lüninck'schen (Sperling) Wappens oder andere Zusammensetzungen auf Grund der obigen Angaben kommen in Betracht.

Zur Anfertigung der Entwürfe für das Wappen und Siegel empfehlen wir Ihnen den hiesigen Heraldiker Richard Schwarzkopf, Kaiserswertherstr. 162.-

*Vollmer*

Herrn Richard S c h w a r t z k o p f

D ü s s e l d o r f  
Kaiserswertherstr.162

Abt.H.

19.Januar 1935.

Für das hiesige Amt ist die Einführung eines Amtswappens in aussicht genommen. Zu diesem Zweck habe ich mit dem dortigen Preuss. Staatsarchiv in ~~Düsseldorf~~ <sup>Münster</sup> Fühlung ~~und~~ gestatte ich mir, eine Abschrift des mir zugegangenen Schreibens zur gefl. Kenntnis in der Anlage beizufügen. Ich frage nunmehr hiermit an, ob Sie bereit sind, die Vorarbeiten für die Anfertigung eines Wappens zu übernehmen und welche Kosten dadurch voraussichtlich entstehen.

Beschleunigung der Angelegenheit ist erwünscht.

Heil Hitler!

///

2. Nach drei Wochen. *19/2*



Herrn Richard Schwartzkopf

D ü s s e l d o r f  
Kaiserswertherstr.162

28.Jan.1935

Abt.H.

1.Februar 1935.

Auf Ihr Angebot erteile ich hiermit Auftrag  
für die Herstellung eines Entwurfs und die Aus-  
führung eines Wappens für das Amt Menden zum  
Gesamtpreise von 150,- Rm. Ich bitte die Unter-  
lagen baldigst hier zur Vorlage zu bringen.

Heil Hitler!

2. Nach einem Monat.



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 28  
Düsseldorf, dem 28. Januar 1935



RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

An den

Herrn Bürgermeister des Amtes

Menden/Siegburg-Mülldorf

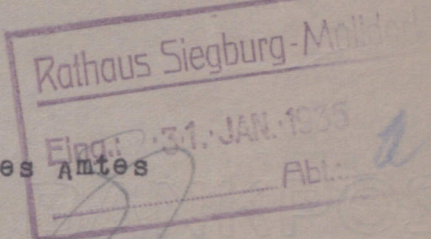
Ihr Zeichen  
Abt.H.

Ich erhielt Ihre Unterlagen des hiesigen  
Preuss.Staatsarchivs zwecks Anfertigung eines  
Wappens. Für den Entwurf und die Ausführung  
(Reinzeichnung) des Wappens mit dazugehörigen  
Siegelentwurf berechne ich den Betrag von R.M.150.--  
Ich bitte um gefl. Nachricht.

Heil H i t l e r !

*Protokoll. geöffnet.  
Am 1. Februar  
Kreis Lützen.*

*R. Schwarzkopf*





k.Amts-

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 30

Herrn Richard Schwartzkopf

D ü s s e l d o r f

Kaiserswertherstr.162

Abt.H.

7.März 1935.

Herstellung eines Entwurfs und Ausführung  
eines Wappens.

Am 1.Februar ds.Js.habe ich Sie gebeten,die Herstellung eines Entwurfs und die Ausführung eines Wappens für das Amt Menden zu übernehmen.Da am 11.ds.Mts.voraussichtlich die Amtsältesten zu einer Sitzung zusammentreten,darf ich um gefl.Mitteilung bitten,ob es möglich ist,den Entwurf eines Wappens bis dahin fertigzustellen.

Jhrem gefl.Antwortschreiben sehe ich entgegen.

Heil Hitler!

///

///

2.W.Vorlage am 10.ds.Mts.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*





RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 31  
Düsseldorf, den 9. März 1935

An den

K. Amtsbürgermeister des Amtes Menden

Siegburg-Mülldorf

Rathaus Siegburg-Mülldorf

Ihr Zeichen  
Abt.H.

Eing: 11.3.35

Betr. Herstellung eines Entwurfs u. Ausführung eines Wappens.-

Auf Ihr Schreiben vom 7.d.Mts. übersende ich Ihnen einliegend 3 Vorschläge für das Wappen des Amtes Menden.

Ich habe mich hauptsächlich an den letzten Absatz des an Sie gerichteten Schreibens des Preuss. Staatsarchiv in Düsseldorf vom 16. Januar 1935, gehalten.

Zu Entwurf 1)

Im Schildhaupt des geteilten Schilden ein schreitender roter Berg.Löwe im silbernen Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum Berg.Lande, im unteren Teil als Wappenmotiv der Herren von Menden ein silbern und blau geschachtetes Feld von 8 zu 8 Plätzen.

Zu Entwurf 2)

Ein geteilter Schild im oberen Teil ein wachsender Berg. Löwe im unteren Teil der Mendensche Schild.

Zu Entwurf 3) Ein Schild mit dem steigenden Berg. Löwen der in seinen Pranken den Mendenschen Schild betreut. In der oberen rechten Ecke des Schildes der von Lünincke Sperling.

Nach Genehmigung eines der 3 Entwürfe bitte ich mir die betr. Skizze zur Ausführung wieder einsenden zu wollen.

Heil Hitler!

*R. Schwarzkopf*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 32



2.

Abb. 3





B.

Abb. 4.



den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung  
S i e g b u r g.

K.VII.2222 5.3.35 Abt.H. 22.3.1935.

Einführung eines Wappens.  
-----

Den Amtsältesten haben in der  
letzten Sitzung verschiedene  
Entwürfe zu einem Amtswappen vor-  
gelegt. Ein Entwurf soll nunmehr  
ausgearbeitet werden und ist mit  
der Vorlage innerhalb eines Monats  
zu rechnen. Ich bitte bis dahin  
einen Ausstand zu erteilen.

///  
2. Nach Abgang von 1

///

*M.*



Herrn Richard Schwartzkopf

Düsseldorf  
Kaiserswertherstr.162

9.3.35

Abt.H.

27. März 1935.

Anfertigung eines Wappens für das Amt Menden.

Jn Beantwortung des vorbezeichneten Schreibens gestatte ich mir hierdurch mitzuteilen, dass ich mich nach Anhörung der Amtsältesten für den dortigen Vorschlag Nr.1 entschieden habe. Die von Ihnen hergestellte Skizze liegt in der Anlage wieder bei. Ich bitte die Ausführung zu veranlassen und die Unterlagen so fertig zu stellen, dass die Vorlage an die Aufsichtsbehörde erfolgen kann.

Für eine beschleunigte Erledigung bin ich dankbar.

Heil Hitler!

2. Nach einem Monat.

i. fura variosa. Kittinging page now  
ans.

2. <sup>#</sup> N. Carl. m. 1<sup>5</sup>/<sub>8</sub> 1935.  
 ex N. Amphiprion.



k.

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

S i e g b u r g.

Rathaus Siegburg-Malldorf

Eing. 11. MAI 1935

K.VII.2222

3.5.35

Abt.H.

9.Mai 1935.

Herstellung eines Amtswappens.

Nach Anhörung der Amtsältesten ist Auftrag zur Herstellung eines Amtswappens erteilt worden. Die Unterlagen liegen mir jedoch noch nicht vor, so dass die aufsichtsbehördliche Genehmigung dazu noch nicht eingeholt werden kann. Ich bitte deshalb zur Erledigung der vorbezeichneten Verfügung um Erteilung eines weiteren Ausstandes auf die Dauer eines Monats.

///

///

2. Schwartzkopf ist mitgeteilt worden, dass er mit Ausführung warten solle, sofern noch nicht begonnen sein sollte. Es ist eine Änderung des Entwurfs beabsichtigt. Eine Zurücknahme des Auftrages finde jedoch nicht statt.

///

///

3. W. Vorlage bei Eingang der Antwort evtl. am 20. ds. Mts.

k.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 36

Herrn Richard S c h w a r t z k o p f

D ü s s e l d o r f

Kaiserswertherstr. 162.

Abt.H.

22. Mai 1935.

Am 9. Mai ds. Js. habe ich gebeten, die Herstellung eines Wappens für das Amt Menden für kurzer Zeit auszusetzen, sofern mit der Anfertigung noch nicht begonnen sein sollte. Gleichzeitig bat ich darum, mir den Stand der Sache und Ihre Entscheidung bekannt zu geben. Eine Antwort ist mir jedoch inzwischen nicht zugegangen. Da seitens der Aufsichtsbehörde fortgesetzt auf die Erledigung gedrängt wird, bitte ich doch umgehend mitzuteilen, ob die Herstellung des in Auftrag gegebenen Amtswappens begonnen und bis zu welchem Zeitpunkt voraussichtlich beendet ist oder aber, ob die Arbeiten vorerst ausgesetzt werden konnten.

///

///

2. Nach einer Woche.



k.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 37

Herrn Richard Schwartzkopf

D ü s s e l d o r f

Kaiserswertherstr.162

Abt.H.

1.Juni 1935.

Am 9.und 22.Mai ds.Js.habe ich Sie gebeten,mit-  
zuteilen,bis zu welchem Zeitpunkt voraus sichtlich  
das Wappen des Amtes Menden nach Ihrem Vorschlage  
fertiggestellt sei.Gleichzeitig bat ich darum,so-  
fern dies noch möglich sei,mit der Fertigstellung  
vorerst zu warten.Eine Antwort ist mir bisher nicht  
zugegangen.Ich bitte deshalb erneut mir den Stand  
der Angelegenheit mitzuteilen,damit ich der Auf-  
sichtsbehörde entsprechend berichten kann.

Heil Hitler!

*ab am 3.6.35 A.*  
*H. H. H. H. H.*

*H. H. H. H. H.*

*am 3.6.35*  
*am 3.6.35*

*am 3.6.35*  
*am 3.6.35*

*A.*





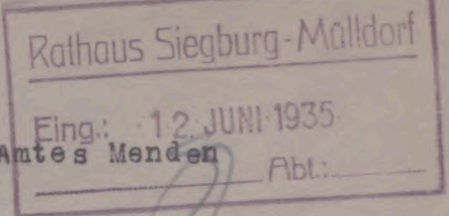
RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 38

Düsseldorf, den 10. Juni 1935

An den

Herrn Bürgermeister des Amtes Menden



Siegburg-Mülldorf  
=====

Ich bitte zu entschuldigen, dass ich auf die verschiedenen Anmahnungen die die Fertigstellung des Wappens betrafen, nicht antwortete. Ich war mehrere Wochen in einem Schulungslager infolgedessen Post und auch Arbeit liegen bleiben musste.

Die Angelegenheit ist soweit, dass ich vor meiner Abreise den Original-Entwurf ausgeführt hatte, lediglich die Kopien sind noch anzufertigen. Aus Ihren Schreiben geht nicht klar hervor ob nun die weitere Bearbeitung unterbleiben soll. In anderem Falle sind die gesamten Unterlagen bis spätestens 15. Juni in Ihren Händen. Ich bitte um Nachricht.

Heil Hitler!

*R. Schwarzkopf*





STADT SANKT AUGUSTIN  
KREISVERWALTUNG  
SIEGBURG  
K. VII. 2222

k.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 39

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung  
S i e g b u r g.

K.VII.2222

17.6.1935

Abt.H.

17.Juni 1935.

Amtswappen.

Der Entwurf des für das Amt Menden vorgesehenen Amtswappens liegt mir bis heute noch nicht vor. Der mit der Herstellung des Wappens Beauftragte hat der unverzüglichen Fertigstellung nicht entsprochen, sodass in der Angelegenheit eine Verzögerung eingetreten ist, die ich zu entschuldigen bitte. Ich werde aber Gelegenheit nehmen, mit dem Beauftragten an einem der nächsten Tage selbst in Verhandlungen zu treten und hoffe ich alsdann, die Angelegenheit in kurzer Zeit zur Erledigung zu bringen. Ich bitte deshalb einen Ausstand bis zum 15. Juli ds. Js. zu erteilen.

Heil Hitler!

2. Wiedervorlage nach Abgang von 1.

18.6.35

A



1. Professor Schwartzkopf mit mir einen  
persönlichen Austausch aus Anlass der  
Wegnahme des in der Verwaltung seiner  
Zukunftsmutmaßungen und gegenseitigen  
Fortschritt seiner Zukunft wird  
sich zeigen.

10.7.35

H. P. P. P. P.

L. A. 617 1935

H. A. P. P. P.

*[Signature]*

Amtsbeigeordneter

*[Signature]*

k.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 40

Herrn Professor R. Schwartzkopf

Düsseldorf  
Kaiserswertherstr. 162

Abt. H.

15. Juli 1935.

Unter Bezugnahme auf die mit Ihnen vor kurzer  
Zeit geführte Unterredung über die Herstellung  
eines Entwurfs des Amtswappens des Amtes Menden  
gestatte ich mir anzufragen, ob nach den Ihnen  
überlassenen Unterlagen eine Änderung des ur-  
sprünglichen Entwurfs angebracht erscheint. Ge-  
gebenenfalls bitte ich mir Ihre Vorschläge einzu-  
bringen. Die überlassenen Unterlagen erbitte ich  
demnächst zurück.

Heil Hitler!

J. V.

Amtsbeigeordneter.



k.

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

S i e g b u r g.

VII.2222

17.6.35

Abt.H.

15.Juli 1935.

Amtswappen.

Die Unterlagen in der vorstehend bezeich-  
neten Angelegenheit konnten noch nicht fer-  
tiggestellt werden. Ich bitte deshalb um  
Erteilung eines weiteren Ausstandes auf die  
Dauer eines Monats.

J. V.

*[Handwritten signature]*

Amtsbeigeordneter.

18.7.35

A.W.Vorlage am 15.8.35.

J. V.

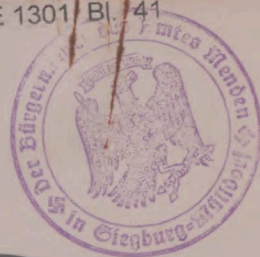
1301/41

*A*



StadtA Sankt Aug., ME 1301 / Bl. 41

*Größe:*

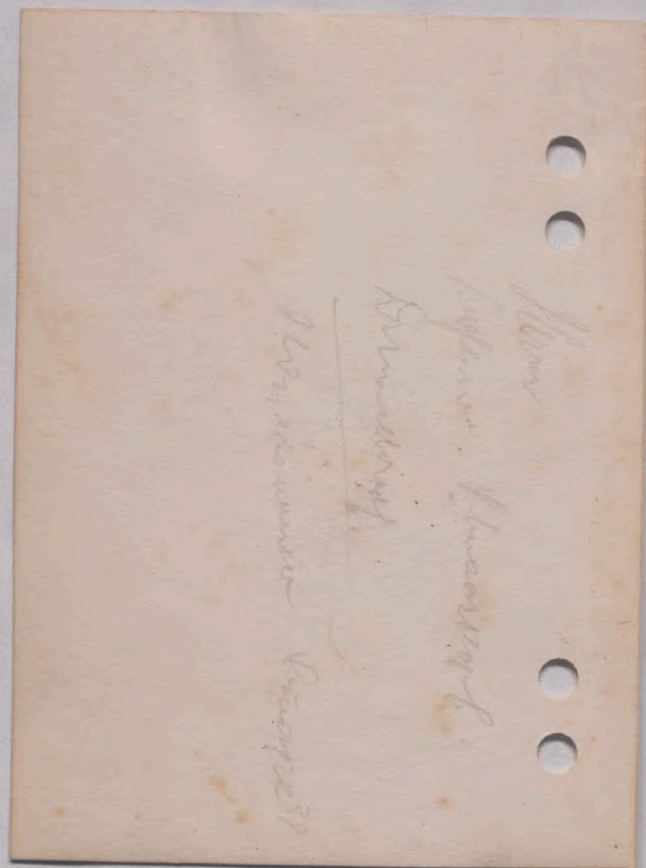


*Fürst*

*Rheinland*

*7. März*





*Handwritten text, likely a signature or name, written in cursive script. The text is faint and difficult to decipher, but appears to be written in dark ink. The signature is located in the upper right quadrant of the page.*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 42

Düsseldorf, den 20. Juli 1935

Rathaus Siegburg

Eing.: 23. JUL 1935

An den

K. Amtsbürgermeister des Amtes Menden

Siegburg-Malldorf



RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

Antwortlich Ihres Schreibens vom 15.d.Mts. teile ich Ihnen mit dass in Uebereinstimmung mit dem Staatsarchivdirektor Dr.Vollmer die Aenderung des Mendens Wappens nicht in Frage kommt da der\* Schild mit den drei Barschen eine spätere Zutat der betr. Familie ist.

Sollte ich weiter keine Nachricht von Ihnen erhalten, so werde ich die Angelegenheit im ursprünglichen Sinne fertigstellen.

Heil H i t l e r

*R. Schwarzkopf*





RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

Stadt A Sankt Aug. ME 1301, Bl. 43  
Düsseldorf, den 6. August 1935

An den

K. Amtsbürgermeister des Amtes Menden

Siegburg-Mülldorf  
=====

Einliegend sende ich Ihnen das ausgeführte Original des Wappens Menden mit dazugehöriger Siegelzeichnung. Von jedem Original liegen 2 Kopien bei. Die Beschreibung des Wappens lautet folgendermassen:  
"Im Schildhaupt des geteilten Schildes ein schreitender roter bergischer Löwe im silbernen Felde. Im unteren Teil das Wappenmotiv der Herren von Menden ein silbern und blau geschachtetes Feld."

Wie ich Ihnen schon mitteilte ist die Anbringung des Wappens mit den drei Bärchen nicht möglich da sie eine spätere Zutat des Menden'schen Wappens ist.

Die Originalzeichnung dürfte eingerahmt als Wandschmuck für das Amtszimmer Verwendung finden. Von der Originalzeichnung können durch photographische Verkleinerung die Stempel für die Siegel in beliebiger Grösse hergestellt werden. Beschreibung des Wappens Proff-Irnich nebst drei Photos anbei zurück.

Heil Hitler!

*R. Schwarzkopf*

*Menden photo*



**Bürgermeisteramt Menden zu Siegburg-Mülldorf.**

An

die Polizeiverwaltung

zu

*Wahltag am 11.10.1938  
zu dem Schriftstück Nr.  
1938/10/11*

*Aug*

Portopflichtige Dienstsache.

frei!



folgende Niederschrift aufgenommen:

"Für das Amt Menden ist beabsichtigt, ein Amtswappen einzuführen. Verschiedene Entwürfe lagen den Amtsältesten zur Beratung vor. Der vorliegende Entwurf Nr. 1 wurde zur Einführung als Wappen als am besten geeignet angesehen."

Der Entwurf 1 entspricht dem des Professors Schwartzkopf in Düsseldorf, wie er vorseitig kurz beschrieben ist.

Unter Beifügung zweier Entwürfe bitte ich dem vorliegenden Antrage zu entsprechen.

2. Nach einem Monat.

Herrn Professor Schwartzkopf  
Herrn Professor Schwartzkopf

D ü s s e l d o r f  
Kaiserswertherstr. 162

Abt. H. 10. September 1935.

Amtswappen.

Den von Ihnen aufgestellten Entwurf eines Amtswappens habe ich der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt. Für die von Ihnen geleisteten Arbeiten gestatte ich mir hiermit bestens zu danken. Die hiesige Amtskasse ist angewiesen, den Rechnungsbetrag von 150,- Rm an Sie alsbald zu überweisen.

Zu verschiedenen Zwecken werden hierselbst noch drei Abschriften der Entwürfe benötigt. Ich gestatte mir deshalb zu bitten, diese drei weiteren Ausfertigungen herzustellen und nach hier zu übersenden, da ich annehmen darf, dass Ihnen die Unterlagen noch vorliegen.

2. Nach zwei Wochen.

J. V.

Amtsbeigeordneter.



Der Landrat des Siegkreises  
Kommunale Kreisverwaltung  
Hauptabteilung.  
K.VII.Nr.7814

Siegburg, den 15. August 1935.

Urschr. mit Anl.  
dem Herrn Regierungspräsidenten  
K ö l n

weitergereicht mit der Bitte, die gutachtlichen Äusserungen des Staatsarchivs in Düsseldorf und des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem einholen und die Verleihung des Wappens herbeiführen zu wollen.

J. V.  
gez. Herchenbach.

Der Regierungspräsidenten  
I.E.1364/35

Köln, den 22. August 1935.

U. nebst 3 Anl. gegen Rückgabe  
a. dem Preuss. Staatsarchiv in Düsseldorf  
mit der Bitte um Begutachtung und Weitergabe  
b. das Geheime Staatsarchiv in Berlin Dahlem  
mit der gleichen Bitte übersandt.

Jm Auftrage:  
Dr. Bernhardt.

Preuss. Staatsarchiv.  
St.A.Nr.2264.

Düsseldorf, den 27. August 1935.

Urschr. nebst Anl.  
dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin Dahlem  
ergebenst übersandt.

Gegen den Wappenentwurf bestehen hier keine Bedenken.  
Bei der Ausführung ist die Blaufärbung der Zunge des Berg.  
Löwen nachzuholen.

gez. V o l l m e r.

G.St.A.Nr.2235/35.

Berlin-Dahlem, den 9.9.1935.

Urschr. mit den Anlagen  
dem Herrn Regierungspräsidenten in Köln  
zurückgesandt. Wir schliessen uns dem Gutachten des Staatsarchivs in Düsseldorf an.

Geheimes Staatsarchiv.  
gez. Unterschrift.

Der Regierungspräsident.  
I.E.1364/35

Köln, den 13. September 1935.

Urschr. mit Anl. gegen Rückgabe  
dem Herrn Bürgermeister in Menden  
d.d. Herrn Landrat in Siegburg  
mit dem Ersuchen zurückgesandt, die Blaufärbung der Zunge  
des bergischen Löwen in den beiliegenden Wappenentwürfen  
nachzuholen.

Jm übrigen weise ich auf den mit meiner Verfg. vom 5.9.  
1935 -I.E.1430/35 - mitgeteilten Erlass des Herrn Ober-  
präsidenten der Rheinprovinz hin und ersuche genau danach  
zu verfahren.

J. Auftrage:  
gez. Dr. Bernhardt.

Der Landrat des Siegkreises.  
K.VII.8860

Siegburg, den 19.9.1935

G.R. mit Anl. dem Herrn Bürgermeister  
Siegburg-Mülldorf

mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung im Sinne der  
anliegenden Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in  
Köln vom 13. ds. Mts. I.E.1364/35.

J.A. gez. Herchenbach.

Der Amtsbürgermeister.  
Abt.H.

Siegburg-Mülldorf, den 27. Sept. 1935.

### Kurze Beschreibung

Über die historische und die heraldische Bedeutung des  
Entwurfs des Wappens des Amtes Menden.

Nach der Anregung des Preussischen Staatsarchivs  
in Düsseldorf zeigt der von Professor Richard Schwartz-  
kopf in Düsseldorf hergestellte Entwurf des Wappens des  
Amtes Menden einen geteilten Schild. Im oberen Teil ist  
ein schreitender roter Bergischer Löwe im silbernen  
Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum Bergischen Lande  
und im unteren Teil als Wappenmotiv der Herren von Men-  
den ein silbern und blau geschachteltes Feld von acht  
zu acht Plätzen dargestellt.

Die zum heutigen Amt Menden gehörenden Gemeinden  
waren früher im Kirchspiel Niederpleis im bergischen  
Amt Blankenberg zusammengeschlossen. Graf und Herzog  
von Berg hatte in verschiedenen Orten Rechte inne. Be-  
reits im Jahre 1139 erscheinen die damaligen Grund-  
und Burgherren von Menden, deren Wappenmotive in den  
vorliegenden Entwurf des Wappens des Amtes Menden  
übernommen worden sind.

Da Menden Namensträger des Amtes ist, wurde neben  
dem roten Bergischen Löwen das Wappenmotiv der ehema-  
ligen Grund- und Burgherren von Menden bei der Auf-  
stellung des vorliegenden Entwurfs verwandt.

*Handwritten signature*



Beglaubigter Auszug

aus der Niederschrift über die Beratung mit den Amtsältesten.

Anwesend waren  
 Amtsbürgermeister Söntgen  
 und 13 Amtsälteste.

Verhandelt!

Siegburg-Mülldorf, den 11. März 1935.

Die Amtsältesten des Amtes Menden traten nach  
 vorheriger ordnungsgemässer Einladung zu einer  
 nichtöffentlichen Beratung zusammen. Zur Tagesord-  
 nung standen folgende Gegenstände:

pp.

Einführung eines Wappens für das Amt Menden.

Nachdem der Vorsitzende die Gegenstände der  
 Tagesordnung nochmals erläutert hatte, wurde über  
 den wesentlichen Inhalt der Beratung folgende  
 Niederschrift aufgenommen:

pp. Für das Amt Menden ist beabsichtigt, ein Amts-  
 wappen einzuführen. Verschiedene Entwürfe lagen  
 den Amtsältesten zur Beratung vor. Der vorliegende  
 Entwurf Nr. 1 wurde zur Einführung als Wappen als  
 am besten geeignet angesehen.

gez. S ö n t g e n

k. Amtsbürgermeister.

B e s c h l u s s .

Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehör-  
 de wird als Wappen des Amtes Menden der von Profes-  
 sor R. Schwartkopf in Düsseldorf hergestellte Entwurf Nr.  
 1 eingeführt, der im oberen Wappenschild einen schrei-  
 tenden bergischen Löwen als Symbol der Zugehörig-  
 keit zum bergischen Lande und im unteren Teile das  
 Wappenmotiv der Herren von Menden mit einem silbern  
 und blau geschachtelten Feld von acht zu acht Plätzen  
 zeigt.

Siegburg-Mülldorf den 27. Sept. 1935.



Der Amtsbürgermeister.  
Abt.H. *1. Muz*

Siegburg-Mülldorf, den 23.9.1935.

1. *Musca sin. Cray. Vesp. sp. gr. palmar.*

Urschr. dem Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

Siegburg

unter Beifügung eines neuen Entwurfs des Amtswappens des Amtes Menden zurückgereicht. Die Blaufärbung der Zunge des bergischen Löwen ist bei diesem Entwurf nachgeholt.

Entsprechend dem Erlass des Herrn Oberpräsidenten  
der Rheinprovinz vom 31. August ds. Js. - mitgeteilt durch  
dortige Verfügung vom 18. ds. Mts. Aktenzeichen K. VII.

Nr. 8538- ist dem vorliegenden <sup>Ausschuss</sup> ~~Entwurf~~ lediglich ein Entwurf des Amtswappens beigelegt.

Jch bitte nunmehr in Vorschlag zu bringen, dem Antrag des Amtes Menden auf Verleihung des vorgesehenen Wappens zu entsprechen.

2. Boys in Kitchens

A.



Der Landrat des Siegkreises  
Kommunale Kreisverwaltung  
Hauptabteilung.  
K.VII.Nr.8860

Siegburg, den 24.9.1935.

G.R. mit Anl.

dem Herrn Bürgermeister

Siegburg-Mülldorf

mit dem Ersuchen um Beifügung eines zweiten Wappenentwurfs.

Ferner ersuche ich in je dreifacher Ausfertigung beizufügen:

- eine Beschreibung über die historische und heraldische Bedeutung des Wappens,
- ein Beschluss des Amtsbürgermeisters über die Annahme des Wappens,
- eine Ausfertigung ein Auszug aus der Niederschrift über die Anhörung der Amtsältesten.

J.A.

gez. Herchenbach.

Der Amtsbürgermeister.

Siegburg-Mülldorf, den 27.9.1935.

Abt.H.

- Unter die Orig.Verfg.des Herrn Landrats ist zu setzen:  
Urschr.nebst Anl.

dem Herrn Landrat  
Kommunale Kreisverwaltung

Siegburg

nach Erledigung zurückgereicht.

///

///

- Nach einem Monat.

*[Handwritten signature]*

Siegburg-Mülldorf, den 26.10.35.

1. Die Ausfertigung ist noch nicht  
#

2. Nach einem Monat  
#

*[Handwritten mark]*

1. Die Ausfertigung ist noch nicht  
#

2. Nach einem Monat 24.12.1935.

J.A. 28.11.1935.

v. Amtsbürgermeister

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*

1. Die Ausfertigung ist noch nicht  
#

2. Nach einem Monat.

J.A. 20.12.1935.

v. Amtsbürgermeister

*[Handwritten signature]*

1. Eine Entscheidung fehlt noch.  
#

2. Nach 1 Monat.  
#

Siegburg-Mülldorf, 20.12.36  
Der Amtsbürgermeister

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*



Ich verleihe hiermit auf Grund § 12 der Ver-  
ordnung zur Anpassung der Amtsordnung vom 8. 10. 1934  
an die Vorschriften der DGO., vom 13. 7. 1935 in Ver-  
bindung mit §§ 11, 117 Abs. 3 der Deutschen Gemeinde-  
ordnung vom 30. Januar 1935 dem Amte Menden (Siege-  
kreis), das Recht zur Führung eines Gemeindewappens  
nach dem dieser Genehmigung beigegebenen Entwurf.

Koblenz, den 4. Januar 1936



Der Oberpräsident der Rheinprovinz.

In Vertretung:

*Dr. Bismarck*

G.Nr. 741/35.



Der Oberpräsident der Rheinprovinz.

In Vertretung:

*Dr. Bismarck*

G.Nr. 741/35.



den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

S i e g b u r g.

K.VII.753

23.I.1936

Abt.I.702

29.Januar 1936.

Gemeindewappen f r das Amt Menden.

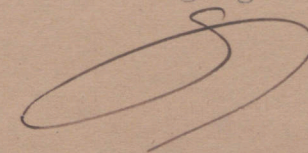
Den Empfang der von dem Herrn Oberpräsidenten  
der Rheinprovinz ausgefertigten Verleihungsur-  
kunde habe ich beiliegend bestätigt.

1 Anl.

///

///

2.Nach Abgang von 1.





den Herrn Professor Richard Schwarzkopf

Düsseldorf.  
Kaiserswertherstr.162

Abt. I. 702

1. Februar 1936.

Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz in Bonn  
*Königs*  
seldorf hat durch Erlass vom 4. Januar ds. Js. den  
von Ihnen vorgeschlagenen Entwurf als Amtswappen  
dem Amte Menden verliehen. Gleichzeitig ist aber  
aufgegeben worden, weitere drei Ausfertigungen  
zur Vorlage zu bringen. Ich darf Sie deshalb bitten,  
die geforderten Ausfertigungen noch anfertigen zu  
lassen und mir mit Ihrer Kostenrechnung zuzustel-  
len. Auf der beiliegenden Ausfertigung bitte ich  
die Blaufärbung der Zunge nachzuholen.

Für Ihre Bemühungen sage ich besten Dank.

///

///

2. Nach zwei Wochen.

Herrn Professor Richard Schwartzkopf

D ü s s e l d o r f  
Kaiserwertherstr.162

Abt. I.

7. Februar 1936.

Jch nehme Bezug auf mein Schreiben vom 1. Februar ds. Js. und bitte unter Beifügung des von Jhnen aufgestellten Entwurfs eines Siegels des Amtes Menden die Jnschrift derart zu vervollständigen, dass der Zusatz "Rheinl." erscheint. Es gibt verschiedene Orte mit dem Namen Menden und sollen Verwechslungen deshalb nach Möglichkeit vermieden werden. Bescheinigung wird erbeten. Für Ihre Mühewaltung sage ich besten Dank. Ihre Kostenrechnung bitte ich beizufügen.

2. May 2 Mayers

1. Keine Mitteilung steht noch aus

2. Bush & Focken

Giegburg-Mühldorf 21/II. 36

## Der Amtsbürgermeister



5. März 1936.

I 1099

An

Herrn Professor R. Schwartzkopf

in

Düsseldorf.

Kaiserswertherstr. 162

Am 1. und 7. Februar ds. Js. hatte ich Sie gebeten, das Siegel des Amtes Menden zu vervollständigen und verschiedene Ausfertigungen des Wappens herzustellen. Seitens der Aufsichtsbehörde wird auf die Vorlage dieser Unterlagen gedrängt. Ich darf Sie deshalb bitten, die Unterlagen alsbald fertigzustellen. Am Dienstag, den 10. ds. Mts. hat während der Vormittagsstunden ein Beamter der hiesigen Verwaltung dort dienstlich zu tun. Er wird sich erlauben, bei Ihnen vorzusprechen und bitte ich ihm nach Möglichkeit der fertigen Unterlagen mitzugeben. Ihre Kostenrechnung wollen Sie gleichfalls beifügen.

Für Ihre Mühe waltung sage ich im voraus besten Dank.

J.V.

~~XXXXXXXXXXXX~~~~XXXXXXXXXXXX~~

2. Nach einer Woche.

A

M



Der Landrat des Siegfreyes

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 55

Kommunale Kreisverwaltung

27. Februar 1936.

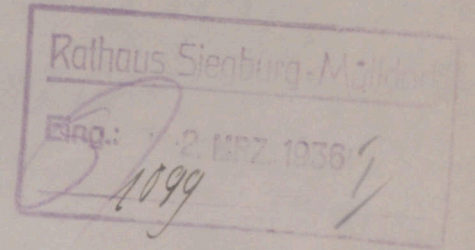
Hauptabteilung

Siegburg, den

Fernruf: Sa.-Nr. 2641

K.VII. Nr. 753.

(Bei Antwort bitte angeben.)



An den  
Herrn Amtsbürgermeister

in Siegburg-Mülldorf.

Mit Verfügung vom 23. Januar 1936 K.VII Nr. 753 habe ich Sie ersucht, mir bis zum 15. Februar ds. Js. drei Entwürfe des genehmigten Wappens vorzulegen. Bisher ist jedoch lediglich der Empfang der von dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz ausgefertigten Verleihungsurkunde bestätigt worden. Ich ersuche, mir nunmehr bis spätestens 10. März ds. Js. die von dem Herrn Oberpräsidenten angeforderten 3 Entwürfe des genehmigten Wappens einzureichen.

I.A.  
gez. Herchenbach.  
Beglaubigt

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten note: Handlungsbefehl vom 27.2.36]*

*[Handwritten note: i. Prot. Lwarkopf wurde mündlich in der Sitzung des Ausschusses am 27.2.36 einstimmig beschlossen.]*

*[Handwritten note: A. M. 2. 27.2.36]*  
L. A. 187/1936.  
*[Handwritten signature]*



Stadt Sankt Aug. ME 1301, Bl. 56  
Der Landrat des Siegtreffes

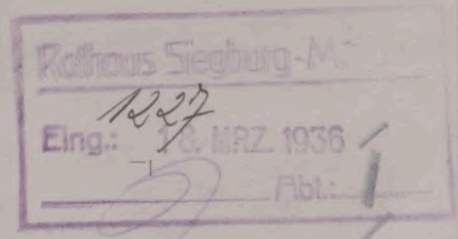
Kommunale Kreisverwaltung

Hauptabteilung

K.VII. Nr. 753-

(Bei Antwort bitte angeben.)

Siegburg, den 14. März 1936.  
Fernruf: Sa.-Nr. 2641



An den  
Herrn Amtsbürgermeister

in Siegburg-Mülldorf.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügungen vom  
23. 1. 1936 und 27. 2. 1936 K.VII. Nr. 753  
ersuche ich nochmals um umgehende Vorlage von  
3 Entwürfen des genehmigten Wappens des Amtes  
Menden.

Rrist: 25. 3. 1936.

I. A.  
gez. Herchenbach,  
Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 57

25.März 1936.

I 1227/

An

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

in

S i e g b u r g.

Betr.Vorlage von drei usfertigungen des  
genehmigten Amtswappens.  
Verfügung vom 14.März 1936 K.VII.753.  
-----

Der Hersteller des Wappens, Professor R.

Schwartzkopf in Düsseldorf ist von mir <sup>worden</sup> gebeten,

drei weitere Ausfertigungen davon zum Zwecke der

Vorlage an die Aufsichtsbehörde zuzusenden.

Trotz Erinnerung ist dies bisher unterlassen

worden. Ich bitte deshalb zur Erledigung der

vorstehend bezeichneten Verfügung um Bewilli-

gung eines kurzfristigen Ausstandes.

2. Professor R. Schwartzkopf erneut erinnern.

3. Nach zwei Wochen.





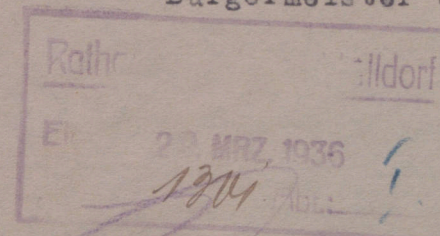



RICHARD  
SCHWARZKOPF  
DÜSSELDORF  
KAISERSWERTHER  
STRASSE 162  
FERNRUF 32546

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 58  
Düsseldorf, den 27.III.1936

An den

Bürgermeister des Amtes Menden



Siegburg-Müllendorf

Einliegend sende ich Ihnen 3 kolorierte Wappen-  
abzüge und die neue Originalzeichnung des Siegels mit  
dem Zusatz Rhld. Da ich durch Wahlpropaganda stark in  
Anspruch genommen war bitte ich die Verzögerung zu  
entschuldigen.

Heil Hitler!

*R. Schwarzkopf*



30.März 1936.

I 1301

An

den Herrn L a n d r a t  
Kommunale Kreisverwaltung

in

S i e g b u r g.

Betr.Wappen des Amtes Menden.  
Verfügung vom 23.I.1936 K.VII.753.  
-----

In der Anlage bringe ich in Erledigung der  
vorstehend bezeichneten Verfügung drei Entwürfe  
des für das Amt Menden durch Erlass des Herrn  
Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 4.Januar  
ds.Js.verliehenen Wappens zur Vorlage.

Die Verzögerung ist deshalb eingetreten, weil  
der Hersteller des Entwurfs, Professor R.Schwartz-  
kopf in Düsseldorf, die erbetenen weiteren Ent-  
würfe erst heute zugesandt hat.



30.März 1936.

30.März 1936.

I 1301

I 1301

An

Firma

Herrn Professor R.Schwartzkopf

W.Reckinger

in

in

Düsseldorf.
Siegburg.

Kaiserswertherstr.162

Hiermit bestätige ich den Eingang von drei Entwürfen des für das Amt Menden genehmigten Wappens. Mit Schreiben vom 1.Februar ds.Js.hatte ich gebeten, weitere drei Entwürfe herzustellen und auf einem Entwurf die Blaufärbung der Zunge nachzuholen.Die vierte Ausfertigung war für die hiesigen Akten bestimmt.Joh darf deshalb annehmen,dass Ihnen eine Ausfertigung noch vorliegt und bitte um Übersendung nach hier.

Ihre Kostenrechnung über den Betrag von 27,50 Rm habe ich heute zur Zahlung angewiesen.

In der Anlage übersende ich die Originalzeichnung des für das Amt Menden in Frage kommenden Siegels. Ich bitte nach dieser Zeichnung sieben Siegel anfertigen zu lassen und mir zuzustellen.Der Umfang des Siegels darf jedoch nicht den Umfang bzw.die Grösse der bisherigen Siegel überschreiten.Einen Abdruck des bisherigen Siegels habe ich deshalb nebenstehend beigelegt.

Ich bitte um Beschleunigung.

Die Originalzeichnung erbitte ich demnächst zurück.

4. nach einem Monat.  
Kaufmannsrechnung über 27,50 Rm. zum Zahlung  
vermerkt.

5. May 1936



i. sin Ringel ling. un von.

d. j. + a.

S. M. 22. 1936.

+ ansehnliche

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 61

Der Landrat des Siegbundes  
Kommunale Kreisverwaltung

Siegburg, den 5. März 1936  
Fernruf: Sa.-Nr. 2641

Hauptabteilung

K.VII Nr.

(Bei Antwort bitte angeben.)

Rathaus Siegburg-M. J. 1936

Eing.: 11. MRZ 1936

Abt.: *[Handwritten mark]*

An

den Herrn Bürgermeister

in

*Siegburg-Willdorf*

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung  
vom 11. Dezember 1934 K.VII Nr. 1872  
ersuche ich um Bericht bis zum 1. April  
d. Js., wann mit der Vorlage eines Wap-  
penentwurfes gerechnet werden kann.

I.A.

*[Handwritten signature]*



Abschrift.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz  
G. Nr. 741 /35.

Koblenz, den 4. Januar 1936.

Auf den Randbericht vom 9.10.35 I.E. 1364/35.

Ich habe durch Erla-ss vom heutigen Tage dem Amte  
M e n d e n Siegkreis  
das Recht zur Führung eines Gemeindewappens verliehen.  
Die ausgefertigte Urkunde hierüber mit dem genehmigten  
Wappenentwurf folgt anbei zur Zustellung an den Amts-  
bürgermeister, der den Eingang der Urkunde Ihnen gegen-  
über zu bestätigen hat.

Ich versuche ergebenst, den Leiter der Gemeinde zu ver-  
anlassen noch 3 Entwürfe des genehmigten Wappens als-  
bald nachzureichen( vergl. erste Anweisung zur Ausfüh-  
rung der DGO zu § 11, 2c), die ich an die Archivbehörde  
weiterleiten werde.

In Vertretung :  
gez. Dr. Schroeder.

An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Köln.

Der Regierungs-Präsident  
I.E. 63/36

Köln, den 17. Januar 1936

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf den dortigen  
Bericht vom 15.8.1935 K.VII Nr.7814 zur gefl. Kenntnis.

Die beiliegende Verleihungsurkunde ersuche  
ich dem Bürgermeister des Amtes Menden zuzu-  
stellen. Die Zustellungsurkunde ist mir zu übersenden.

3 Entwürfe des genehmigten Wappens sind mir  
zwecks Weiterleitung an den Herrn Oberpräsidenten  
baldigst vorzulegen.

2 Entwürfe des Wappens folgen anbei zurück.

Im Auftrage :  
gez. Dr. Bernhardt.

gez. Stark.  
Reg. Kanzleiang.

L.S.



Der Landrat des Siegfreyes

Kommunale Kreisverwaltung

Hauptabteilung

K.VII. Nr. 753.

(Bei Antwort bitte angeben.)

Siegburg, den

23. Januar 1936.

Fernruf: Sa.-Nr. 2641

An den

Herrn Amtsbürgermeister

in Siegburg-Mülldorf.

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf Ihren Bericht vom 27.9. 1935 Abt. H. zur Kenntnis. Die Verleihungsurkunde sowie ein Entwurf des genehmigten Wappens sind beigelegt. Die anliegende Empfangsbescheinigung ersuche ich, mir umgehend zu zurückzureichen. Ferner ersuche ich, mir bis zum 15. Februar ds. Js. 3 Entwürfe des genehmigten Wappens vorzulegen.

I.A.

gez. Herchenbach.

Beglaubigt

*Herchenbach*

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 63

Ich verleihe hiermit auf Grund § 12 der Verordnung zur Anpassung der Amtsordnung vom 8. 10. 1934 an die Vorschriften der DGO., vom 13. 7. 1935 in Verbindung mit §§ 11, 117 Abs. 3 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 dem Amte Menden (Siegkreis), das Recht zur Führung eines Gemeindewappens nach dem dieser Genehmigung beigegebenen Entwurf.

Koblenz, den 4. Januar 1936



Der Oberpräsident der Rheinprovinz.

In Vertretung:

*H. Fick*

G.Nr. 741/35.







Bl. 65a

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 65

Inhalt:

der gemauerten Außenmauer  
des alten Hauses.



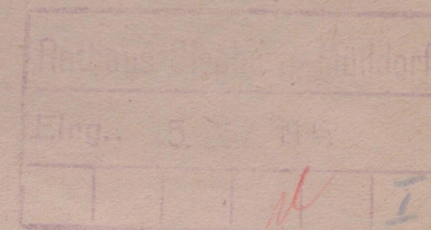
Stadt A Sankt Aug., ME 1301, Bl. 65a



Der Landrat des Siegkreises  
00/1 Nr. 130 - 01

Siegburg, den 27. Nov. 1945.

An  
die Herren Standesbeamten  
im  
K r e i s e .



Betrifft: Dienstsiegel.

Aufgrund der Verordnung des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf vom 24. Juli 1945 (Mitteilungs- und Verordnungsblatt Nr. 1 Seite 2) haben alle bisherigen Reichs- und Staatsbehörden, die berechtigt waren, ein Dienstsiegel zu führen, ihre Dienstsiegel derart abzuändern, daß an Stelle des bisherigen Hoheitszeichens das Wappen der Rheinprovinz nach dem im Erlass angegebenen Muster tritt. Die bisherigen Dienstsiegel dürfen nicht mehr verwandt werden. Ich ersuche daher für die umgehende Anfertigung des vorgeschriebenen Dienstsiegels Sorge zu tragen. Die Bestellung der Siegel kann bei der Firma Hölzken in Köln, Zeppelinstraße, erfolgen.

Gleichzeitig nehme ich Bezug auf den inzwischen ergangenen Ergänzungserlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 17. Oktober 1945 - (Mitteilungs- und Verordnungsblatt Nr. 10 Seite 49) -

Die eigenen ..Siegel der Gemeinden werden hierdurch nicht berührt.

*Menden*

C l a r e n z

1.) Die Dienstsiegel der Gemeinden werden nicht berührt und können weiter benutzt werden.

2.) z. d. A. S. d. 2. 45.

Der Amtsbürgermeister

*Barden*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 67

Abschrift.

S o f o r t

HEADQUARTERS MILITARY GOVERNMENT  
Regierungsbezirk Köln

808/LA&C/7/2  
9. Jan. 45

Betrifft: Amtliche Siegel

An: Regierungspräsident in Köln

1. Der Gebrauch eines Siegels, der das Hakenkreuz oder andere Zeichen, Sinnbilder oder Inschriften der NSDAP, SS oder anderer nationaler Organisationen trägt, ist durch Gesetz Nr. 7 der Militärregierung verboten worden.
2. Die folgenden Regeln sollen für alle Behörden Gültigkeit haben, die ein amtliches Siegel zu gebrauchen wünschen.
  - a) Kein Siegel, das irgendeine Devise trägt, soll benutzt werden bis es von der Militärregierung gebilligt ist.
  - b) Bis zur Billigung durch die Militärregierung soll das amtliche Siegel der Körperschaft ein einfacher Kreis sein, der den vollen Titel der betreffenden Körperschaft in lateinischen Buchstaben entweder quer oder rund um das Siegel trägt.
  - c) Sobald das Zeichen durch die Militärregierung gebilligt worden ist, ist keine Änderung, Hinzufügung oder Weglassung erlaubt ohne die Erlaubnis der Militärregierung.
3. Sie sind verpflichtet, sich Faksimile von allen Siegeln und Gummistempeln, die in irgendeiner Dienststelle ihrer Verwaltung gebraucht werden, geben zu lassen und diesem Hauptquartier zur Genehmigung bis zum 24. Januar 1946 einzusenden.  
2 Abschriften von jedem Faksimile sind zu senden, jeder muss die Bezeichnung der Behörde, die das Siegel oder den Stempel zu benutzen wünscht, angeben.

gez. Unterschrift.

Der Regierungs-Präsident  
A 020 (P)

Köln, den 14. Januar 1946

An den Herrn Landrat in S i e g b u r g -pp.-

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung. Zwecks Innehaltung des zum 24.1.1946 gesetzten Termins ersuche ich, mir von jedem dort geführten Dienstsiegel und Dienststempel einen Abdruck auf besonderem Bogen - möglichst Kopfbogen - in dreifacher Ausfertigung umgehend einzureichen.

In Vertretung:  
gez. Schwiden.

An den Herrn Landrat in Siegburg.

Der Landrat des Siegkreises

- L -

An

die Herren Amts-Bürgermeister

Siegburg, den 19.1.1946

des K r e i s e s.

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung. Von jedem dort geführten Dienstsiegel und Dienststempel ersuche ich mir einen Abdruck auf besonderem Bogen in dreifacher Ausfertigung bis zum 22. ds. Mts. vorzulegen. Von den ehrenamtlich tätigen Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden ist gleichfalls ein Abdruck der von ihnen geführten Dienstsiegel und Dienststempeln zu fordern und in dreifacher Ausfertigung Ihrem Bericht beizufügen.

gez. Clarenz.  
Beglaubigt:

*Kur*



21. 1. 1946

1.) An  
Abt. I. den Herrn Landrat des Siegkreises  
in  
Siegburg.

Betrifft: Amtliche Siegel.

Vorgang: Verfügung vom 19.1.1946 - L - .

In der Anlage überreiche ich die Bogen in dreifacher Ausfertigung vom Amte Menden und den amtsangehörigen Gemeinden Menden, Hangelar und Meindorf auf welchen je ein Abdruck der Dienstsiegel, die augenblicklich in Benutzung sind, vorhanden ist.

Für die Gemeinden Buisdorf, Niederpleis und Holzlar sind Dienststempel noch nicht in Gebrauch.

///

///

2.) Abt. Menden 5. Febr. 1946

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 68

Der Regierungspräsident  
IE Kom 14

Köln, den 23. April 1948.

An die  
Landkreisverwaltungen des Bezirks.

Siegburg.

Betrifft: Gemeindewappen.

Es besteht die Absicht, die im Regierungsbezirk Köln geführten Gemeindewappen (Siegel) zusammenzustellen und ins Archiv zu übernehmen. Ich ersuche daher um Übersendung je eines Abdruckes der Gemeindewappen (Siegel) der Ämter und Gemeinden der Kreisverwaltung in doppelter Ausfertigung bis zum 1.6.1948. Falls eine farbige Wiedergabe des Wappens nicht möglich ist, genügt eine einfarbige Abbildung mit genauer Angabe der Farben.

(L.S.)

Im Auftrage:  
Gez. Lehmann.

Kreisverwaltung des Siegkreises  
Der Oberkreisdirektor  
00/3 Nr. 140 - 06/25-5

Siegburg, den 7. Mai 1948.

Rathaus Siegburg-Mülheim  
Eing. 13. MAI 1948

An  
die Herren Stadt-, Amts- u. Gemeindegeldirektoren  
im  
Kreisen.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme. Ich bitte, mir die vom Herrn Regierungspräsidenten geforderten Siegelabdrucke bis zum 25.5.1948 vorzulegen.

C l a r e n z .

Menden

002/01



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 69

Der Amtsdirektor  
Abt. I.

Siegburg-Mülldorf, den 26. Mai 1948

1.) An

den Herrn Oberkreisdirektor  
in

S i e g b u r g.

Betrifft: Gemeindewappen.

Vorgang: Verfügung vom 7. Mai 1948 - 00/3 Nr. 140 - 06/25-5.  
-----

In der Anlage überreiche ich zwei Abdrucke des Wappens  
des Amtes Menden in farbiger Wiedergabe.

///  
2.) Zum Vorgang. (Amtswappen)

///



Abschrift.

Landes-Plizeibohule  
B o n n  
Az: IV/1-4302 - Ma/KU.

Bonn, den 27. September 1948  
Rheindorferstr. 198.

An die Polizeibehörde des Regierungsbezirks Köln  
- Der Polizeiausschuß -  
K ö l n / Rhein.  
Bonnerstr. 502.

Betr.: Wappensammlung.

Es ist beabsichtigt, in der Landes-Polizeischule Bonn eine Sammlung aller im Lande Nordrhein-Westfalen vorhandenen Stadtwappen anzulegen, die zur Ausschmückung des Lehrsaalgebäudes und gleichzeitig als heimatkundliches Anschauungsmaterial dienen sollen.

Da zur Landes-Polizeischule Bonn Lehrgangsteilnehmer von allen Polizeidienststellen des Landes Nordrhein-Westfalen abgeordnet werden, dürfte diese Sammlung der heimatlichen Wappen bei allen Polizeischülern und sonstigen Besuchern der Schule großen Anklang finden.

Ich erlaube mir daher die Bitte auszusprechen, der Landes-Polizeischule Bonn Wappenbilder aus dem dortigen Dienstbereich für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die freundlichen Spender dürfen des herzlichen Dankes aller Polizeischüler gewiss sein.

gez. G r a u e r t  
Polizeirat und Schulleiter.

Die Polizeibehörde des Reg. Bez. Köln Köln, den 25. Okt. 1948.  
- Der Polizeiausschuß -

An den Herrn Oberkreisdirektor des Siegkreises, S i e g b u r g.

Umstehend wird die Abschrift eines Schreibens der Landespolizeischule Bonn mit der Bitte übersandt, soweit es möglich ist, der Polizeischule bei der Sammlung von Wappen der Städte pp. behilflich zu sein.

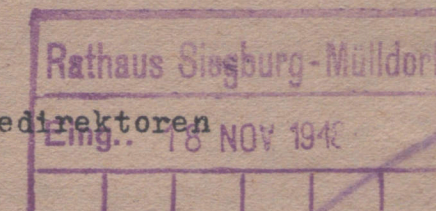
Sollten Wappen zur Verfügung gestellt werden können, wird um unmittelbare Übersendung an die Landespolizeischule Bonn gebeten.

Im Auftrage:  
Der Geschäftsführer  
gez. Unterschrift.

Kreisverwaltung des Siegkreises  
Der Oberkreisdirektor  
00/3 Nr. \_\_\_\_\_

Siegburg, den 8.11.1948.

An die  
Herren Stadt-, Amts- u. Gemeindedirektoren  
im K r e i s e.



Vorstehende Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme. Ich bitte, dem Wunsche der Landespolizeischule Bonn hinsichtlich der Sammlung aller im Lande Nordrhein-Westfalen vorhandenen Wappen zu entsprechen und Siegelabdrucke mit je drei Überdrucken nach hier, Kreishaushaus, Zimmer 20 zwecks Weiterleitung vorzulegen. Um baldgefällige Erledigung wird gebeten.

C l a r e n z .



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 71

Verwaltung des Amtes Menden  
Der Amtsdirektor  
- 002-01 -

Siegburg - Mülldorf, den 25.11.1948.

1.) *ab 26/11. d.* An  
Herrn Oberkreisdirektor  
Siegburg.

Betr.: Wappensammlung.  
Bezug: Verfügung vom 8.11.1948 - 003/ Nr. -  
- - - - -

In der Anlage überreiche ich 3 Siegelabdrucke vom Siegel  
des Amtes Menden (Rhld.)

3 Anlagen!

///

///

2.) Zu den Akten.

*KL*



Abschrift.

Der Regierungspräsident  
I P 020

Köln, den 18. April 1946.

An den Herrn Landrat in Siegburg pp.

Die Militärregierung in Köln hat unter dem 13.4.1946 - 808/IA+C/7/16 - angeordnet, daß im hiesigen Regierungsbezirk nur noch das Dienstsiegel mit dem Wappen der Nord-Rheinprovinz verwendet werden darf.

Ich ersuche, ab sofort hiernach zu verfahren und die unterstellten Dienststellen entsprechend zu unterrichten.

Die Aufhebung des im Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz vom 5.11.1945 - Nr. 10 Seite 49 - veröffentlichten Runderlasses über Dienstsiegel vom 17.10.1945, wonach Gemeinden, die zur Führung eines Wappens berechtigt sind, dieses weiterhin in ihrem Dienstsiegel zu führen, ist beim Herrn Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz beantragt und in Kürze zu erwarten.

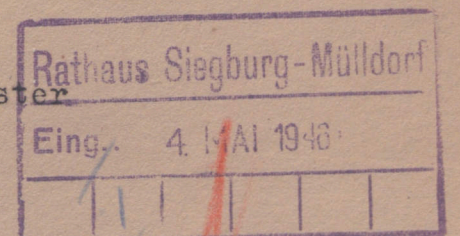
In Vertretung:  
gez. Schwidden,

(L.S.)

Der Landrat des Siegbereiches  
00/1 Nr. \_\_\_\_\_

Siegburg, den 26. April 1946.

An  
die Herren Amts- bzw. Bürgermeister  
im  
K r e i s e .



Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.

C l a r e n z .

*Menden*

Der ..... - Bürgermeister

Abt. Wohlfahrtsamt

Aktenzeichen: .....

An

Gegen Behändigungschein

in .....

Durch die Gewährung von Fürsorge hat das hiesige Wohlfahrtsamt an Kosten insgesamt den Betrag von ..... RM für Sie aufgewendet. Gemäß § 25 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13.2.24 sind Sie verpflichtet, die Kosten zu erstatten. Ich fordere Sie daher auf, den vorgenannten Betrag in Raten von ..... RM wöchentlich — monatlich — an die ..... Kasse in ..... zu zahlen. Erste Zahlung hat bis zum ..... zu erfolgen.  
Sollten Sie sich weigern, so bin ich zu meinem Bedauern gezwungen, im Klagewege gegen Sie vorzugehen.



Auszug  
aus dem Mitteilungs- und Verordnungsblatt  
des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz vom  
5. November 1945, Nummer 10.

Runderlass über Dienstsiegel vom 17. Oktober 1945.

Mein Runderlass über Dienstsiegel vom 24.7.45 (Mitteilungs- und Verordnungsblatt Nr. 1 S. 2 wird dahin ergänzt, dass auch diejenigen Gemeinden, die nicht zur Führung eines eigenen Wappens berechtigt sind, ihre Dienstsiegel nach Massgabe des obengenannten Runderlasses zu ändern haben. Die Gemeinden die zur Führung eines Wappens berechtigt sind, führen weiterhin das Wappen wie bisher in ihrem Dienstsiegel.

Dr. Lehr  
M.d.W.d.C.b.

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 73

Der Amtsdirektor Siegburg-Mülldorf, den 6. Mai 1946.

Abt. I.

1.) An Fa. Hugo Altstaedten  
in Grosskönigsdorf.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 13.v.Mts. bitte ich um Lieferung von weiteren 6 Stempeln "Der Amtsdirektor".

Ferner bitte ich um Übersendung von 12 Farbbändern 13 mm (schwarz).

///

///

2.) Wiedervorlage am 16. Mai 1946.

*Die 6 Mängel wurden geliefert, außerdem die  
Lieferung der Farbbänder und wird jetzt.*

*#  
#  
2. H. vgl. am 15. Juni 1946  
St. Amtsdirektor*



Abschrift.

Übersetzung

Hauptquartier der Militärregierung  
Regierungsbezirk K ö l n .

Telef.Nr. 5 41 20

So8/A+LG/7/16  
1. Juli 1946.

An  
den Herrn Regierungspräsidenten  
in K ö l n pp.

Betrifft: Amtssiegel.

- 1.) Mit Bezug auf So8/LA+C/7/16 vom 8. Februar 1946 amtliche Siegel, die von denen darin verordneten abweichen, können jetzt vom Hauptquartier genehmigt werden, vorausgesetzt, daß sie mit der Verordnung Nr. 34 der Militärregierung über einstimmten.
- 2.) Anträge für die Benutzung derartiger Siegel müssen in Zukunft von 4 Kopien des Siegels begleitet werden.

gez. G.C. Manckton, Major.

Köln  
GOM/ER

Der Regierungspräsident  
I E Kom 14/ -

Köln, den 5. Juli 1946.

An die Herren Landräte des Bezirks pp.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.

Im Auftrage:  
gez. Prien.

Kreisverwaltung des Siegkreises  
Der Oberkreisdirektor  
00/3 Nr. ....

Siegburg, den 12. Juli 1946.

An  
die Herren Stadt-, Amts- bzw. Gemeindedirektoren  
im  
K r e i s e .

Eing. 16. JULI 1946

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung. Die Anträge auf Zulassung eines Gemeindesiegels sind, wie von der Militärregierung angeordnet, mit 4 Kopien des Siegels vorzulegen. Dabei ist es notwendig, daß das Siegel in seiner Art und Bedeutung beschrieben wird. Den Anträgen ist jeweils eine englische Übersetzung beizufügen.

G l a r e n z .

*Menden*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 75

Rathaus Sankt Augustin

Auftragsbestätigung

Ihr Auftrag v. 8.7.1946  
Ihr Zeichen: Abt.II

Ich bestätige dankend Ihren freundlichen Auftrag  
auf Gummistempel.

Mit der Lieferung bitte ich Sie, sich etwa 6 bis  
8 Wochen gedulden zu wollen. Seien Sie gewiss,  
dass hier alles getan wird, um Ihren Auftrag so  
gut und so schnell wie eben möglich auszuführen.

Benötigen Sie auch Stempelfarbe?

Peter Oberdorf

Mit verbindlicher Empfehlung

Günther es bade

Seit 1946

Grosskönigsdorf, den 13. Juli 1946



Drucksache.

Herrn  
 Amtsdirektor  
 des Amtes Menden - Rhld.

(22a) Siegburg - Mülldorf

HUGO ALTSTAEDTEN  
 GROSSKONIGSDORF (Rhld.)



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 76

Der Amtsdirektor  
Abt. I.

Siegburg-Mülldorf, den 26. Juli 1946

An

1.)

Firma Oberndorf  
 in

Gummersbach  
Feldstrasse

Ich bitte um umgehende Lieferung von 8 Dienstsiegeln mit dem Rhein-  
 landwappen. Bisher wurden Siegel mit eigenem Wappen verwendet (nachstehend  
 Abdruck). Anstelle des eigenen Wappens ist nunmehr das Rheinlandwappen ein-  
 zusetzen.

Außerdem bitte ich um Lieferung von 2 Siegeln für das Standesamt mit  
 Rheinlandwappen. (S. Abdruck).

///

///

2.) Wiedervorlage am 15. August 1946.



Der Amtsdirektor

Siegburg-Mülldorf, den 7. August 1946

Abt. I.

1.) An

Firma Oberndorf  
in

Gummersbach  
Feldstrasse.

Unter Bezugnahme auf meine Bestellung vom 26.v.Mts. bitte ich um unge-  
hende Lieferung der in Auftrag gegebenen Dienstsiegel für die Amtsverwaltung  
sowie für das Ständesamt. Die Siegel werden dringend bei den genannten Dienst-  
stellen gebraucht und bitte ich daher, den Auftrag bevorzugt auszuführen.

///

///

2.) Wiedervorlage am 25. August 1946.

*Der Amtsdirektor für Siegburg-Mülldorf*

11



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 78

B. 8. 1946

1.)

An

Abt. I.

Fa. Oberndorf

in

Gummersbach  
Feldstrasse.

Jch bitte um alsbaldige Lieferung eines Dienstsiegels für den Schiedsmann des Amtes Menden. Die Inschrift des Siegels so lauten : Der Schiedsmann Amt Menden. Ferner muss das Siegel das Rheinlandwappen tragen.

Jch gestatte mir, an die Erledigung meines Schreibens vom 26.v.Mts. wegen Lieferung der Dienstsiegel für die Amtsverwaltung und das Standesamt zu erinnern.

///

///

2.) W.V. am 1. 9. 1946



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 79

Abschrift

Headquarters Military Government  
Regierungsbezirk Cologne  
Admin & L.C. Branch  
808 HQ CCC Baor.

808/A&LG/7/16  
14. Sept. 46

Tele Nr. 54120

Subject: Official Seals

To: - HQ Mil Gov Regierungspräsident pp.

Ref this HQ 808/A&LG/7/16 of 1 July 46, applications will in future be accompanied by only one copy of the seal.

signed C.C. Monckton

Übersetzung

Hauptquartier der Militärregierung  
Regierungsbezirk Köln  
Admin & L.C. Branch  
808 HQ CCG Baor

808/A&LG/7/16  
14. Sept. 1946

An: HQ Mil.Reg. Regierungspräsidenten pp.

Betr.: Dienstsiegel.

Bezug: Dienstseitiges Schreiben 808/A&LG/7/16 vom 1. Juli 1946

Anträge sind in Zukunft nur mit 1 Abdruck des Dienstsiegels zu versehen.

gez. C.C. Monckton.

Regierungspräsident  
I E Kom 14/1

Köln, den 19. September 1946

An  
die Herren Oberbürgermeister und Landräte des Bezirks  
Siegburg.

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 5.7.1946 - IE Kom 14/ - zur Kenntnis und Beachtung.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Köchling  
Beglaubigt:  
gez. Unterschrift  
Reg.-Angestellte

Kreisverwaltung des Siegbereiches  
Der Oberkreisdirektor  
00/3 Nr. \_\_\_\_\_

Siegburg, den 26. Sept. 1946

An  
die Herren Stadt-, Amts- und Gemeindedirektoren  
im Kreise.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis.  
Clarenz.

Haus Siegburg-Mündorf

Eing. 4. OKT 1946

Der Amtsdirektor

Meister



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 80

Der Amtsdirektor  
Abt. I -002/01-

Siegburg-Mülldorf, den 3. März 1948



An

den Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg.

Betrifft: Wiedereinführung des früheren Amtssiegels.

Ohne Verfügung.

---

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Köln - I P 020 - vom 18.4.1946, durch die mitgeteilt wurde, daß die Militärregierung Köln unterm 13.4.1946 - 808/IA+O/16 - angeordnet hat, daß im Regierungsbezirk Köln nur noch das Dienstsiegel mit dem Wappen der Nordrheinprovinz Verwendung finden darf, ist das Dienstsiegel für das Amt Menden entsprechend abgeändert worden. Es ist nunmehr beabsichtigt, das frühere Dienstsiegel wieder einzuführen, da dies durch Verordnung der Militärregierung Köln - 808/A+LG/7/16 - vom 1. Juli 1946 gestattet ist, wenn die Art des Siegels den Bestimmungen der Verordnung Nr. 34 der Militärregierung entspricht.

Das ursprüngliche Siegel des Amtes Menden zeigt im Schildhaupt des geteilten Schildes einen schreitenden roten Bergischen Löwen im silbernen Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum Bergischen Lande; im unteren Teil als Wappenmotiv der Herren von Menden ein silbern und blau geschachteltes Feld von 8 zu 8 Plätzen.

Da, wie aus der vorstehenden Beschreibung zu ersehen, das Wappen in seiner Art den Bestimmungen der vorgenannten Verordnung der Militärregierung nicht widerspricht, bitte ich die Genehmigung zur Weiterführung des Siegels erteilen zu wollen.

Eine Ausfertigung des Wappens (Siegelabdruck) sowie die nach Ihrer Verfügung vom 12. Juli 1946 - 00/3 Nr. - erforderliche englische Übersetzung des Antrages füge ich in der Anlage bei.

*2/ für das Amt (002/01)*

*[Handwritten signature]*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 81

Der Amtsdirektor

Siegburg-Mülldorf, 3. March 48.

Oberkreisdirektor Siegburg.

According to Order N. 34/808/ A + LG 17/16 Military Government dated 1 July 1946, permission can be given to Administration Districts to use their old Seal when this seal is in compliance with the regulations laid down to this effect.

The Administration Menden asks for this permission. The Seal in question depicts a Bergischen Lion in red on a silver background That being the motto of this district. On the lower half of the seal there are 8 blue squares this dividing the seal in 16 squares. The 8 blue squares denote the allegiance of the 8 Mendener to the Bergischen district.



Kreisverwaltung des Siegkreises

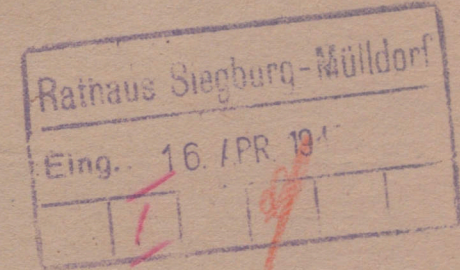
Der Oberkreisdirektor

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 82

Siegburg, den 12. April 1948.  
Fernspr. Nr. 3541

00/3

An  
den Herrn Amtsdirektor  
in Siegburg-Mülldorf.



*Wohl fernmündl.  
Rückfrage mit Ja.  
Reckinger Siegburg  
ist eine Anfertigung  
von Dienstsiegeln &  
zuletzt unbrauchbar.*

Betrifft: Amtssiegel.

Bezug: Bericht vom 3. März 1948 -I-002/01-.

*21/4 48  
Lt.*

Die hiesige Militär-Regierung hat unter dem 1. April 1948 die Weiterführung des Wappens in dem dortigen Amtssiegel genehmigt.

*Ingang  
ab 1. 5. 48  
Lieferung von neuen Siegel-Rahmen*

*Handwritten signature and notes:*  
Handwritten signature  
Handwritten notes: "Handwritten signature", "Handwritten signature", "Handwritten signature"

*Handwritten signature*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 83

Der Amtsdirektor

Siegburg-Mülldorf, den 4. Mai 1948

Abt. I.

- 1.) Auf meinen Antrag vom 3.3.48 hat die Militärregierung die Verwendung des früheren Dienstsiegels genehmigt. Ich ordne daher ab sofort nur noch die Verwendung dieses Stempels mit dem Amtswappen als Dienstsiegel an.

Die Stempel mit dem Rheinlandwappen sind ab sofort nicht mehr als Dienstsiegel zu gebrauchen.

///

///

- 2.) Im Umlauf  
den Abteilungsleitern zur Kenntnis.

*P. Mann*



Verwaltung des Amtes Menden  
Der Amtsdirektor  
001

Siegburg-Mülldorf, den 21. April 1949.

1.) Betr.: Kontrolle der vorhandenen Dienstsiegel.

Im Umlauf

bei sämtlichen Abteilungen zur Kenntnis.

Ich bitte hierunter anzugeben, wieviel und welche Dienstsiegel bei Ihrer Abteilung geführt werden. Beschleunigung wird erbeten.

-/-

-/-

2.) Nach 1 Woche.

1/5

| Abteilung                               | Anzahl der ausgegebenen Siegel | Empfangsbescheinigung | Anzahl der zurückgegebenen Siegel |
|---|--------------------------------|-----------------------|-----------------------------------|
| Amtsdirektor                            | 1                              | <i>Baum</i>           | 1                                 |
| Hauptamt                                | 2                              |                       | 2                                 |
| Steueramt                               | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 1 ✓                               |
| Amtskasse                               | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 1 ✓                               |
| Amt für öffentliche Ordnung u. Meldeamt | 2                              | <i>Rechnung</i>       | 2 ✓                               |
| Bauamt                                  | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 1 ✓                               |
| Fürsorgeamt                             | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 2 ✓                               |
| Kartenstelle                            | 4                              | <i>Rechnung</i>       | 1 ✓                               |
| Standesamt                              | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 1                                 |
| <i>Kassapflicht</i>                     | <i>2</i>                       | <i>Rechnung</i>       |                                   |
| <i>Stromversorgungs-</i>                |                                |                       |                                   |
| <i>amt</i>                              | 1                              | <i>Rechnung</i>       | 1                                 |



Verwaltung des Amtes Menden  
Der Amtsdirektor  
oo1

Siegburg-Mülldorf, den 21. April 1949.

Betr.: Kontrolle der vorhandenen Dienstsiegel.

Im Umlauf

bei sämtlichen Abteilungen zur Kenntnis.

Ich bitte hierunter anzugeben, wieviel und welche Dienstsiegel  
bei Ihrer Abteilung geführt werden. Beschleunigung wird erbeten.

Erwähnung: Büroschaffamt:

2 große u. 2 kleine Dienstsiegel 22.4.49 *Chy*

Nst. 9 1 großer Dienstsiegel *Wassmann* 22.4.49  
S.V.A. 1 " " *Wassmann* 22.4.49

Vermittler 1 " " *Wassmann* 22.4.49

ass. 60. 2 " " *Wassmann* 22.4.49

Nst. 48 1 " " *Wassmann* 22.4.49

" 05 1 " " *Wassmann* 22.4.49

" 1 kleiner " " *Wassmann* 22.4.49

abst 10 1 großer Dienstsiegel *Wassmann* 22.4.49  
für *Wassmann* 22.4.49  
abst 10 abgibt.



Ausgegebene Dienstsiegel bei der Verwaltung des Amtes Menden.

Stand: 21. April 1949.

| N a m e  | Dienst-<br>bezeichnung                       | Anzahl<br>der<br>Dienst-<br>siegel                       | Empfangsbescheinigung |
|--|--|--|-----------------------|
| M i n z  | Amtskämmerer                                 | 1<br>(groß)  | <i>Minz</i>           |
| W i s s e r                                      | Amtsob-<br>inspektor                         | 1<br>(groß)  | <i>Wisser</i>         |
| Adolphs  | Amts-<br>rentmeister                         | 1<br>(groß)  | <i>Adolphs</i>        |
| N ö f e r  | Amtsob-<br>sekretär<br>(1 Stück für Journal) | 2<br>(groß)  | <i>Nöfer</i>          |
| Landsberg  | Amtsob-<br>sekretär                          | 1<br>(groß)  | <i>Landsberg</i>      |
| B e h r  | Verw.-<br>Angest.                            | 1<br>(groß)  | <i>Behr</i>           |
| Freckwinkel                                      | Fahrber.-<br>Leiter                          | 1<br>(groß)  | <i>Freckwinkel</i>    |
| F r e y  | Verw.-<br>Angest.                            | 2<br>(groß)<br>2<br>(klein)                              | <i>Frey</i>           |
| Richarz  | Amtsob-<br>sekretär                          | 1<br>(groß)<br>1<br>(StA<br>groß)<br>1<br>StA<br>(klein) | <i>Richarz</i>        |
| Gesamtbestand:                                   |  |  |                       |
| A) Amtssiegel:                                   |  |  | B) Standesamtssiegel: |
| a) große: <u>11</u> .                            |  |  | a) große: <u>1</u> .  |
| b) kleine: <u>2</u> .                            |  |  | b) kleine: <u>1</u> . |
| <i>Gefahren!</i><br><i>Das Amtssiegel, 24x9.</i> |  |  |                       |



A b s c h r i f t

Der Innenminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
III A 495/47.

Düsseldorf, den 30. Mai 1949

An den  
Herrn Regierungspräsidenten in Köln pp.-

Betrifft: Siegelführung durch Gemeinden und Gemeindeverbände und  
Körperschaften des öffentlichen Rechts.

In Nr. 5 des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nord-  
rhein-Westfalen vom 31.3.49 sind unter dem 14.3.49 die 2. Ausfüh-  
rungsbestimmungen zu der Bekanntmachung über das Wappen des Lan-  
des Nordrhein-Westfalen vom 21.2.48 erschienen.

Da einzelne Gemeinden, Ämter und Körperschaften des öffentlichen  
Rechts noch immer die früheren Provinzialwappen in ihren Siegeln  
benutzen, möchte ich nicht versäumen, auf diese Ausführungsbestim-  
mungen ganz besonders hinzuweisen.

Ich bitte, die Ihrer Dienstaufsicht unterstellten Behörden auf  
Beachtung der genannten Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Mittelstaedt.

Der Regierungspräsident  
I E Kom. 14/O.

Köln, den 13. Juni 1949.

An  
die Stadt- und Landkreisverwaltungen  
des Bezirks S i e g b u r g

Abschrift zur Kenntnis und Beachtung übersandt.

Im Auftrage:  
gez. Kronsbein.

Beglaubigt:  
Melleck  
Reg. Angest.

Kreisverwaltung des Siegkreises  
Der Oberkreisdirektor  
OO/3 Nr. 140/06

Siegburg, den 4.7.1949.

An die  
Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen  
im K r e i s e

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und  
Beachtung.

Im Auftrage:  
Schmidt  
Kreisoberinspektor



Kenneth Quinn  
Ligular.  
~~Müller~~  
Königsberg  
Büning  
Petersen  
Fischer  
Schubert  
Vogel  
Gamm  
Müller  
Friedmann  
Meinl.  
Hofmeister  
Schubert  
Hingmann

Nach Kenntnissnahme zu den Arten.

Siegburg-Mülldorf, den 25. 7. 1949

Der Amtsdirektor:

052-07

h

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 88

### III. Kommunalaufsicht

## Wappenentwurf für Gemeinden

RdErl. d. Innenministers v. 28. 9. 1949 — III A — 3275/49

Der Absatz 2 des RdErl. vom 4. August 1949 — III A — 2485/49 — (MBl. NW. 1949, S. 786) wird dahin ergänzt, daß für das frühere Gebiet des Landes Lippe das Landesarchiv in Detmold als Gutachterstelle zuständig ist.

Bei der Vorlage des dem zuständigen Staatsarchiv auf dem Dienstwege zur Begutachtung einzureichenden Wapenentwurfs ist auch eine historische Begründung und eine heraldische Beschreibung beizufügen.

— MBL. NW. 1949 S. 958.

Nach Vereinbarung zu dem Notar.

Leigour-Millour, 25/10. 49

## Der Amtsdirektor

4.



11. April 1950

An *et 13/4.*

001 1.) die Kreisverwaltung des Siegkreises  
in S i e g b u r g .

Betr.: Führung von Dienstsiegeln.

Bezug: Verfügung vom 3. April 1950 -00/3 -.

- - -

Bei der hiesigen Verwaltung wird ein Dienstsiegel entsprechend dem nachstehenden Siegelabdruck geführt.

Das Siegel zeigt im Schildhaupt des geteilten Schildes einen schreitenden roten Bergischen Löwen im silbernen Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum Bergischen Lande; im unteren Teil als Wappenmotiv der Herren von Menden ein silbern und blau geschachteltes Feld von 8 zu 8 Plätzen.

- // -

2.) Zu den Akten.

- // -



*g*  
*h.*



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 90

Kreisverwaltung des Siegkreises  
Der Oberkreisdirektor  
- 00/3 -

Siegburg, den 3. April 1950

5. APR. 1950

An

die Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen  
im Kreise.

Betr.: Führung von Dienstsiegeln.

- - -

Nach der 2. Ausführungsbestimmung zu der Bekanntmachung über das Wappen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.1.1948, (Ges.u.VO.Bl. vom 31.3.1949) führen Gemeinden mit der Berechtigung zur Führung eines eigenen Wappens dieses in ihrem Dienstsiegel. Ausnahmsweise können Gemeinden mit wichtigen Hoheitsaufgaben, denen die Berechtigung zur Führung eines eigenen Wappens nicht verliehen ist, das kleine Landeswappen dann führen, wenn ihnen hierfür eine besondere Genehmigung erteilt worden ist. Diese Bestimmungen gelten analog auch für Ämter.

Ich ersuche, mir bis zum 20.4.ds.Js. zu berichten, welches Dienstsiegel bei der dortigen Verwaltung geführt wird. Sie wollen dem Bericht dieses Dienstsiegel beidrücken.

C l a r e n z



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 91

Herrn Stadtdirektor  
im H a u s e

vorgelegt. Das auf dem beiliegenden  
Kopfbogen wiedergegebene Wappen ent-  
spricht nicht der 1936 genehmigten Vor-  
lage. Danach müssen Zunge und Krone  
des Berg. Löwen blau gefärbt sein.

Mit freundl. Grüßen

100  
Bitte Original  
Vorlage

*Grüßend*  
28/8/78





Herrn Stadtdirektor

in Sankt Augustin

zurückgesandt. Das verwendete Wappen entspricht der jetzt gültigen und genehmigten Form. Abbildung der entsprechenden Urkunde ist zur Information beigelegt.

Mit freundl. Grüßen

Daher 31/8.78

Herrn Linde

Sollten nicht mehr 10 + 41 sein

Q

Herr Brötgen ist der Auffassung, daß das Wappen in der von RP 1970 genehmigten Art u. Weise (also ohne Blandfärbung der Mäule u. der Krone des Berg. Löwen) wiedergeföhrt werden soll. Er will die Sache aber noch einmal mit d. Master besprechen. 4/9/78.

e. ... Ähnlichkeiten sind auch die ... leiernd oder in feierlichem, ernstem ... Kinderreime und Redewendungen. ... zum Text von BB 1—5: „in gleich- ... von JM 1—5 heißt es: „in grotesker ... Wörter-Duden die Erklärung: „wunder- ... bräuchlich ist auch die Wortverbindung ... euren Sprechversuchen. Macht Gegen- ... Sprechen vortragt. ... Welche ist nach eurer Meinung nach- ... zerrung des Natürlichen lassen sich auch ... in den Texten selbst feststellen. Nennt ... Blickpunkt. ... el Schalleffekte, Geräuschkulissen und ... ön- und Schallexperimenten, z. B. „Fade- ... Tons) und „Tiefeneffekt“, hervorgerufen



U r k u n d e

Auf Grund des § 11 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1969 (GV.NW S. 656) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Genehmigungspflicht kommunaler Dienstsiegel, Wappen und Flaggen vom 12. September 1969 (GV.NW S. 685) genehmige ich, daß die

Gemeinde Sankt Augustin

ein Siegel, ein Wappen und eine Flagge (Banner), wie in den angehefteten Entwürfen dargestellt, führt.

Wappenbeschreibung: Unter einem schreitenden, doppelgeschwänzten roten Löwen in Silber (Weiß) im Schildhaupt, von Blau nach Silber (Weiß) 16-fach geschacht.

Siegelbeschreibung: Umschrift: GEMEINDE SANKT AUGUSTIN;  
Siegelbild: Unter einem schreitenden, doppelgeschwänzten Löwen in Weiß im Schildhaupt, von Schwarz nach Weiß 16-fach geschacht.

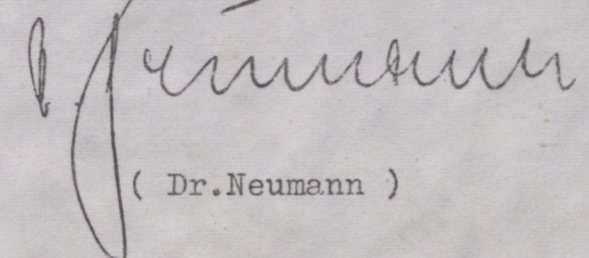
Bannerbeschreibung: Blau-Weiß im Verhältnis 1 : 1 längsgestreift, im oberen Drittel das Wappen der Gemeinde.

Köln, den 3. September 1970

Der Regierungspräsident

- 31.21.04 -

In Vertretung

  
( Dr. Neumann )



1/ An das  
Staatsarchiv

Archiv  
Herr Luhmer

430  
232

in Düsseldorf

41/A

5.9.1978

Betr.: Wappen der Gemeinde Sankt Augustin

Gem. der in Fotokopie beiliegenden Genehmigungsurkunde wurde am 4. Januar 1936 dem Amt Menden -Rechtsvorgänger der heutigen Stadt Sankt Augustin- das Recht zur Führung eines Gemeindewappens verliehen, "gemäß dem dieser Urkunde beigegebenen Entwurf". Dieser Originalentwurf ist leider nicht mehr auffindbar. Die dem Antrag auf Genehmigung beigelegte Beschreibung hatte folgenden Wortlaut: Im oberen Teil ist ein schreitender roter Bergischer Löwe im silbernen Feld als Symbol der Zugehörigkeit zum Bergischen Land usw. dargestellt. Es sind hier im Hause Zweifel darüber aufgetreten, ob der rote Bergische Löwe z.Zt. in unseren Wappen richtig dargestellt ist. Üblicherweise wird der Bergische Löwe mit blauen Krallen, blauer Zunge und blauer Krone dargestellt. Im jetzigen Wappen der Stadt Sankt Augustin ist er aber gänzlich rot dargestellt.

Es würde hier sehr interessieren, ob in den dortigen Unterlagen noch ein Original des 1936 genehmigten Wappenentwurfes vorhanden ist. Falls ja würde ich bitten, der Stadt eine exakte Beschreibung der farblichen Darstellung des in diesem Wappen enthaltenen Bergischen Löwen zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen!  
Im Auftrage:

21. W.V.



StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 95

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Mauerstraße 55, 4000 Düsseldorf 30

An die  
Stadtverwaltung  
- Archiv -  
z. Hd. Herrn Luhmer  
Postfach 11 69  
5205 St. Augustin 1

**Stadt  
Sankt Augustin**

Eing. 12. SEP. 1978

Amt.....  
Ablichtung für Amt

Öffnungszeiten des Lesesaals: Mo.-Fr. 8.00-18.00 Uhr

Aktenbestellung: 8.00-15.00 Uhr

Fernsprecher: (0211) 44 97-1

Durchwahl: (0211) 44 97/239

Bearbeiter:

Ihr Zeichen u. Datum

41/A, v. 05.09.1978

Unser Zeichen

I-6/7-1103/78

Düsseldorf

8. Sept. 1978

Betreff Wappen des Amts Menden von 1936.

*Ist das nicht der orig. burgische Löwe?*

Sehr geehrter Herr Luhmer!

Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß sich in unseren Akten eine farbige Abbildung des 1936 genehmigten Wappens des Amts Menden befindet. Es zeigt einen zwiegeschwänzten roten Löwen mit blauen Krallen, blauer Zunge und blauer Krone.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrage

*Dr. Wisplinghoff*

Dr. Wisplinghoff



**DER OBERKREISDIREKTOR**  
ALS UNTERE STAATLICHE VERWALTUNGSBEHÖRDE

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 96

Oberkreisdirektor Postfach 209 5200 Siegburg

An den  
Stadtdirektor **Stadt Sankt Augustin**  
in Sankt Augustin

12. MRZ 1979

Amt  
Abbildung für Amt

|                                |                    |
|--------------------------------|--------------------|
| Dienststelle                   | Zimmer             |
| Kommunalaufsicht               | A 1.30             |
| Auskunft erteilt<br>Herr Mandt | Telefon<br>13 2962 |

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen 10.2-074-21/14 Datum 8. März 1979

Betrifft:

Antrag auf Genehmigung der Änderung des Siegels  
und des Wappens

Als Anlage übersende ich die Änderungsurkunde über die Genehmigung zur  
Änderung des Siegels und des Wappens der Stadt Sankt Augustin sowie  
einen Entwurf des geänderten Wappens.

Eine Durchschrift der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 15.2.1979  
ist ebenfalls als Anlage beigelegt.

Dienstgebäude  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
Siegburg

Telefon  
Vorwahl 0 2241  
Vermittlung 13-1

Telex  
8 89 613  
889613 lksu d

Konten der Kreiskasse  
1007 715 Kreissparkasse Siegburg (BLZ 386 500 00)  
38 18 500 Postscheckkonto Köln (BLZ 370 100 50)



# Der Regierungspräsident Köln

StadtA Sankt Aug., ME 1301, Bl. 97

Für alle Dienststellen  
Postanschrift: Der Regierungspräsident Köln · Postfach 101548 · 5000 Köln 1

\* An den  
Oberkreisdirektor  
- als untere staatl. Ver-  
waltungsbehörde -

5200 Siegburg

Ihr Zeichen und Tag

Mein Zeichen (bitte bei Antwort angeben):

31. 21. 04

Betrifft:

Antrag der Stadt St. Augustin auf Genehmigung der Änderung  
des Siegels und des Wappens

Bezug: Bericht vom 29.11.1978 - 10.2-074-21/14 -

Anlg.: - 4 -

Als Anlage übersende ich die Änderungsurkunde über die Ge-  
nehmigung zur Änderung des Siegels, und des Wappens der  
Stadt St. Augustin, sowie einen Entwurf des geänderten  
Wappens mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Je eine Durchschrift meiner Verfügung und der Änderungsurkunde  
sind zur Geschäftserleichterung beigelegt.  
Die Veröffentlichung der Genehmigung im Amtsblatt für den  
Regierungsbezirk Köln habe ich veranlaßt.

Zwei Durchschriften der Änderungsurkunde und 2 Wappenentwürfe  
habe ich dem Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in  
Düsseldorf übersandt.

Im Auftrag  
gez. Reimer



*Handwritten signature: Reimer*

Dienstgebäude: Fernsprecher:  
Zeughausstraße 4-8  
☒ Hauptgebäude 1633/  
☐ Gartentrakt  
☐ Zeughausstraße 10 o d e r  
☐ Mohrenstraße 6 16331  
☐ Mohrenstraße 16  
☐ Hämergasse 4-14  
☐ Unter Sachsenhausen 6 1645/  
[Eingang Tunisstr. 27] oder 16451  
☐ Cäcilienstraße 23 234021  
[Eing. Cäcilienkloster 9]

Zimmer Nr.

Köln, den 15. Febr. 1979

*Handwritten signature: Reimer*

Telex:  
08 881 451  
rp kl d

Konten der Regierungshauptkasse Köln:  
Landeszentralbank in Köln, 370 01520  
Bankleitzahl: 370 000 00  
Postscheckamt Köln 106 14-504

Westdeutsche Landesbank, Girozentrale,  
in Köln, 96 560  
Bankleitzahl: 370 500 00

Sprechzeiten  
donnerstags von 8.00-16.00 Uhr



Änderungs-Urkunde

Auf Grund des § 11 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW 1975 S. 91) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Genehmigungspflicht kommunaler Dienstsiegel, Wappen und Flaggen vom 12. September 1969 (GV. NW S. 685) genehmige ich, daß die Stadt Sankt Augustin, Rhein-Sieg-Kreis, in Abänderung der von mir bereits am 03. September 1970 erteilten Genehmigung zur Führung eines Siegels, eines Wappens und einer Flagge (als Banner) - ABl. Köln 1970 S. 417 - folgendes Siegel und Wappen, wie in dem angehefteten Wappenentwurf dargestellt, führt.

Beschreibung

Das Wappen: Im Schildhaupt in Silber (Weiß) ein schreitender doppelgeschwänzter, blau bewehrter, blau bezungter und blau gekrönter roter Löwe; darunter von blau nach silber (weiß) 16-fach geschacht.

Das Siegel: Umschrift: Stadt Sankt Augustin (statt Gemeinde)  
Das Siegelbild bleibt unverändert.

Köln, den 15. Februar 1979

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

- 31.21.04 -

In Vertretung

*Dr. Krause*

( Dr. Krause )

Änderungs-Urkunde

Auf Grund des § 11 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW 1975 S. 91) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Genehmigungspflicht kommunaler Dienstsiegel, Wappen und Flaggen vom 12. September 1969 (GV. NW S. 685) genehmige ich, daß die Stadt Sankt Augustin, Rhein-Sieg-Kreis, in Abänderung der von mir bereits am 03. September 1970 erteilten Genehmigung zur Führung eines Siegels, eines Wappens und einer Flagge (als Banner) - ABl. Köln 1970 S. 417 - folgendes Siegel und Wappen, wie in dem angehefteten Wappenentwurf dargestellt, führt.

Beschreibung

Das Wappen: Im Schildhaupt in Silber (Weiß) ein schreitender doppelgeschwänzter, blau bewehrter, blau bezungter und blau gekrönter roter Löwe; darunter von blau nach silber (weiß) 16-fach geschacht.

Das Siegel: Umschrift: Stadt Sankt Augustin (statt Gemeinde)  
Das Siegelbild bleibt unverändert.

Köln, den 15. Februar 1979

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

- 31.21.04 -

In Vertretung

*Dr. Krause*

( Dr. Krause )



